

**Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit
Nordrhein-Westfalen (APUG NRW)**

Abschlussbericht der Evaluation

**Univ.-Prof. Dr. J. Siegrist
I. Menrath, Dipl.-Psych.
M. Wahrendorf, M.Sc.**

Düsseldorf, im November 2005

**Univ.-Prof. Dr. Johannes Siegrist
Direktor des Instituts für Medizinische Soziologie
Heinrich Heine-Universität Düsseldorf
Universitätsstr. 1
40225 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211-811 43 60 / 61
Fax.: +49 (0) 211-811 12390
E-Mail: siegrist@uni-duesseldorf.de**

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	III
Anmerkung	III
Abkürzungsverzeichnis.....	IV
Zusammenfassung	V
1. Einleitung	1
2. Fokusgruppengespräche und Experteninterviews.....	4
2.1 Einleitendes Fokusgruppengespräch	4
2.2 Erste Phase der Experteninterviews	6
2.2.1 Zielsetzung der Interviews.....	6
2.2.2 Ergebnisse der Interviews	8
2.2.3 Zwischenbewertung auf Grundlage der Interviews	11
2.3 Fokusgruppengespräch zu den Ergebnissen der Experteninterviews	16
2.4 Nachbefragung der Mitglieder der Steuerungsgruppe	18
2.4.1 Zielsetzung der Nachbefragung	18
2.4.2 Synopse der Befragungsergebnisse (Nachbefragung)	19
2.4.3 Bewertung der Nachbefragung aus Sicht der Evaluation.....	20
2.5 Interviews mit Experten außerhalb der Steuerungsgruppe	23
3. Dokumentenanalyse APUG NRW	26
3.1 Ziele der Dokumentenanalyse.....	26
3.2 Methode.....	28
3.3 Ergebnisse.....	29
3.3.1 Ergebnisse der vergleichend-formalen Analyse	29
3.3.2 Ergebnisse der programmbezogenen Inhaltsanalyse	36
4. Online Umfrage bei den Kommunalen Gesundheitskonferenzen.....	42
4.1 Zielsetzung der Umfrage	42
4.2 Ergebnisse.....	43
4.3 Zusammenfassung	46
5. Bewertung des APUG NRW und Empfehlungen	47
Literatur	58
Anhang.....	59

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen:

Abbildung 4.1: Kenntnis von APUG NRW.....	44
Abbildung 4.2: Wichtigkeit von APUG NRW (für die eigene Arbeit / Allgemein).....	44
Abbildung 4.3: Gemeinsame Behandlung	45
Abbildung 4.4: Gemeinsame Behandlung (nach Kenntnis von APUG NRW).....	45

Tabellen:

Tabelle 3.1: Übersicht der untersuchten Dokumente des APUG NRW	27
Tabelle 3.2: Kategorienschema der Dokumentenanalyse	28
Tabelle 3.3: Übersicht der Ergebnisse der Dokumentenanalyse	35

Anmerkung

Zur einfacheren Lesbarkeit wird hier und im Folgenden darauf verzichtet, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden. Wenn nicht anders kenntlich gemacht, sind jeweils beide Geschlechter gemeint.

Abkürzungsverzeichnis

APUG	Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit
DIFU	Deutsches Institut für Urbanistik
ISC	International Steering Committee for Evaluation of Environmental Health Policies and Action Plans
KGK	Kommunale Gesundheitskonferenzen
LÖGD	Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst
LUA	Landesumweltamt
MAGS	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (ehemals Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF) und Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (MWA))
MBV	Ministerium für Bauen und Verkehr (ehemals Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) und Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung (MVEL))
MUNLV	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
NEHAP	Nationaler Aktionsplan Umwelt und Gesundheit (englisch: National Environmental Health Action Plan)
NROs	Nicht-Regierungsorganisationen
NRW	Nordrhein-Westfalen
WHO	Weltgesundheitsorganisation (englisch: World Health Organization)

Zusammenfassung

Die den Zeitraum Oktober 2004 bis November 2005 umfassende externe wissenschaftliche Begleitung von APUG NRW verfolgt das Ziel, im Sinne eines entwicklungsorientierten Evaluationsverfahrens empirisch ermittelte Befunde zu den Arbeitsprozessen und Zwischenergebnissen des Programms in regelmäßigen Abständen an die Beteiligten zurückzumelden, um auf diese Weise zu einer Programmoptimierung beizutragen. Methodische Schwerpunkte dieser Prozessevaluation sind strukturierte Interviews mit den wichtigsten Akteuren (v.a. Mitglieder der Steuerungsgruppe sowie externe Experten), Fokusgruppengespräche, Zielgruppenbefragungen (speziell Geschäftsstellenleiter kommunaler Gesundheitskonferenzen) sowie inhaltsanalytische und formale Auswertungen relevanter Dokumente.

Die wesentlichen Folgerungen aus den in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich dargestellten Ergebnissen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Seit der Initiierung des Programms im Jahr 2000 hat sich APUG NRW mit den begrenzt zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen zu einer sehr produktiven, mit der Einrichtung von Steuerungsgruppe und Arbeitskreisen gut organisierten Initiative entwickelt. Ihr ist es gelungen, die politische Gestaltung umweltbezogenen Gesundheitsschutzes auf verschiedenen Ebenen zu intensivieren: auf der Ebene interministerieller, intersektoraler Zusammenarbeit; auf der Ebene der Zusammenarbeit zwischen Ministerien und nachgeordneten Behörden, Kommunen sowie Verbänden und Organisationen, schließlich auf der Ebene öffentlichkeitswirksamer Informations- und Motivationsarbeit.

Konkret konnte das Programm durch vorliegende Expertisen entscheidend zu einer verbesserten Informationsbasis bezüglich der durch Verkehrsbelastungen hervorgerufenen Gesundheitsgefahren und der zu ihrer Verringerung zu ergreifenden Maßnahmen beitragen. Auch zur Verbesserung gesundheitsförderlichen Wohnens wurden vielfältige praktische Anwendungen erarbeitet, so z.B. ein Leitfaden zum gesundheitsbewussten Modernisieren. Ebenso konnten konkrete Vorgehensweisen zu einer integrierten Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit bei kommunalen Planungsverfahren entwickelt werden.

Trotz dieser Erfolge hat die Evaluation an verschiedenen Stellen weiteren Entwicklungsbedarf festgestellt und entsprechende Empfehlungen erarbeitet.

Ausgehend von der Fortführung bisheriger Arbeitsstrukturen und thematischer Schwerpunkte sehen sie, eine weitere Profilschärfung der Arbeit, unter besonderer Berücksichtigung der Themen Verkehr, Wohnen und Gesundheit von Bevölkerungsgruppen in urbanen Ballungszentren, eine Intensivierung der lokalen Verankerung der Programmaktivitäten und eine Verbesserung der Kommunikation interner Arbeitsergebnisse an eine breitere Öffentlichkeit vor.

Insgesamt muss das Projekt in seinen bisherigen Strukturen und Ergebnissen als eine erfolgreiche und politisch wertvolle Initiative betrachtet werden, die weitere Unterstützung verdient.

Empfehlungen

Empfehlung (1) APUG NRW soll in den bisherigen Strukturen fortentwickelt werden, d.h. mit eigenem Haushaltstitel, dem MUNLV zugeordnet, die thematisch konzentrierte Arbeit in Form von Steuerungsgruppe und Arbeitskreisen weiterführen. Diese Folgerung ergibt sich aus der externen Bewertung der Programmarbeit im Untersuchungszeitraum, insbesondere der Effizienz interner Arbeitsstrukturen und –prozesse und der bisher insgesamt erfolgreich erzielten Ergebnisse. Die Entwicklungschancen intersektoraler Politik im Bereich Umwelt und Gesundheit sind in Nordrhein-Westfalen besonders positiv einzuschätzen, und dieser Prozess kann durch APUG NRW maßgeblich weiter gestärkt werden. Falls eine Zuweisung eigenständiger Haushaltsmittel nicht möglich ist, sollten aus weiter geförderten, thematisch verwandten Projekten des Landeshaushalts unterstützende Maßnahmen erfolgen, die zumindest eine Fortführung des Kernprogramms von APUG NRW ermöglichen.

Empfehlung (2) Strategisch sollte APUG NRW die Chancen weiterer institutioneller Verfestigung nutzen, die sich aus dem Zuschnitt der drei für Umwelt, für Arbeit und Gesundheit sowie für Bauen und Verkehr zuständigen Ministerien und der dadurch verstärkten Zusammenarbeit ergeben. Ferner ist zu prüfen, wie weit das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und das Ministerium für Innovation,

Wissenschaft, Forschung und Technologie zukünftig in die Programmaktivitäten eingebunden werden können.

Empfehlung (3) APUG NRW sollte an der Profilschärfung und Zielklärung im Sinne der Konzentration von Ressourcen und weiteren Steigerung der Effizienz arbeiten. Eine Möglichkeit hierzu bildet die Fokussierung auf das Thema 'gesundheitliche Gefährdungen der Bevölkerung in urbanen Ballungszentren durch kumulierte sozialökologische Belastungen' (v.a. Schadstoffbelastung, Verkehrslärm, Unfallrisiken, geringe Wohnqualität, soziale Konflikte). Hierbei werden bisher bearbeitete Themen auf wissenschaftlich und gesundheitspolitisch stringente Weise miteinander verknüpft.

Empfehlung (4) Die erfolgreich begonnene Erstellung von Expertenberichten sowie der Erarbeitung und Verbreitung zielgruppenspezifischer Empfehlungen und Informationen soll beibehalten und weiter ausgebaut werden. Hierzu soll zum einen das wissenschaftliche Potenzial zur Erforschung umweltbedingter Gesundheitsgefahren in Nordrhein-Westfalen stärker mobilisiert werden (Expertenberichte). Zum anderen empfiehlt sich, aufbauend auf einer konsequenten und fundierten Kommunikationsstrategie, die Breitenwirkung von Programmergebnissen zu steigern. Die Chancen elektronischer Informationsvermittlung und Kommunikation sind besser zu nutzen (z.B. Aufbereitung der Internetseiten an eine breitere Öffentlichkeit).

Empfehlung (5) Um genauer abschätzen zu können, welche Veränderungen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes während der Laufzeit von APUG NRW diesem Programm zuzurechnen sind, empfiehlt es sich, innerhalb der Steuerungsgruppe die kurz- und mittelfristig angestrebten Teilziele genauer festzulegen. Hierbei sind Indikatoren zu definieren, die es gestatten, die Fortschritte des Programms auf drei Ebenen kontinuierlich zu überprüfen, (1) der Ebene politischen Gestaltung durch die verantwortlichen Ministerien,

(2) der lokalen Ebene der Programmumsetzung, sowie (3) der Ebene der Information und Motivation unterschiedlicher Zielgruppen (Experten, Bürger).

Empfehlung (6) Zur stärkeren lokalen Verankerung von APUG NRW werden verschiedene Maßnahmen empfohlen. Zum Einen sollten, soweit dies bezüglich vorhandener Kapazitäten realisiert werden kann, beratende Gespräche, Informationsmaterialien und Mithilfe bei der Planung und Durchführung von Aktionen den lokalen Behörden (z.B. kommunalen Planungsämtern) und Gremien (z.B. kommunalen Gesundheitskonferenzen) angeboten werden. Zum Anderen sollten bereits begonnene kommunale Modellprojekte, v.a. in Kooperation mit dem Programm ‚Soziale Stadt NRW‘, weiterentwickelt werden. Das Ausmaß lokaler Verankerung wird letztlich ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Programmwirkung von APUR NRW sein.

1. Einleitung

In Nordrhein-Westfalen wird als erstem Bundesland seit dem Jahr 2000 ein eigenständiges Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG NRW) durchgeführt. Das Programm sollte auf bestehenden Strukturen im Umwelt- und Gesundheitsbereich aufbauen und regionale Maßnahmen erarbeiten, die gemeinsam mit den örtlich zuständigen Behörden und Organisationen verstärkt dem Ziel einer gesundheitsförderlichen Umwelt dienen.

APUG NRW ist eines von mehreren Dutzend Programmen, die als Folge der in Rio 1992 verabschiedeten ‚Agenda 21‘ weltweit entstanden sind. In dieser Agenda wird in Kapitel 6 der Schutz und die Förderung menschlicher Gesundheit unter dem Aspekt von Umwelteinflüssen besonders hervorgehoben. Die für die Umsetzung dieses Kapitels verantwortliche Organisation WHO hat die Unterzeichnerstaaten, darunter auch Deutschland, aufgerufen, nationale Programme zur Verringerung umweltbedingter Gesundheitsrisiken zu initiieren. Diese sollten durch regionale Programme ergänzt und gestärkt werden. In diesem Sinn kann APUG NRW als Stärkung und weitere Konkretisierung des auf Bundesebene eingerichteten APUG betrachtet werden.

Die Federführung des Programms obliegt dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV). Eine Steuerungsgruppe, die sich aus Vertretern der wichtigsten Akteure des Programms zusammensetzt, ist für die Programmentwicklung verantwortlich. Ein wesentlicher initialer Arbeitsschritt von APUG NRW bestand darin, in Arbeitskreisen zu einzelnen thematischen Komplexen, so beispielsweise den Themen Verkehr und Gesundes Wohnen, eine Bestandsaufnahme von Problemlagen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Parallel dazu und in der Nachfolge ergaben sich als weitere wichtige Arbeitsaufgaben die Kommunikation von Erkenntnissen und Empfehlungen an Zielgruppen, die Förderung der intersektoralen Zusammenarbeit bei Aufgaben des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes auf den verschiedenen Ebenen der Zuständigkeit (Landesministerien und nachgeordnete Ämter, Bezirksregierungen, Kreise bzw. Kreisfreie Städte) sowie die Entwicklung eines nachhaltigen Dialogs zwischen Politik und Bürgern.

Die partizipative und interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Steuerungsgruppe, in der Repräsentanten aus weiteren Landesministerien, aus den Bezirksregierungen, den kommunalen Spitzenverbänden, den anerkannten Naturschutzverbänden, der Verbraucherzentrale sowie dem Wissenschaftsbereich vertreten sind, sowie die Unterstützung der Arbeit durch das Landesumweltamt und das Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst, gewährleisteten eine erfolgreiche Umsetzung des Aktionsprogramms.

Dennoch wurde im Verlauf der Arbeit des APUG NRW der Wunsch deutlich, durch eine externe Evaluation die Programmarbeit in ihrer Wirksamkeit zu überprüfen und durch gezielte Rückmeldungen weiter zu optimieren. Dieses Verfahren externer Programmevaluation hat sich bei vielen vergleichbaren umwelt- und gesundheitspolitischen Initiativen im In- und Ausland als hilfreich erwiesen. Auch bezüglich der nationalen Aktionsprogramme (sog. NEHAPs: National Environment and Health Programs) wurde auf europäischer Ebene eine Initiative gegründet, die nationalen Programme nach einheitlichen Gesichtspunkten einer Evaluation zu unterziehen (ISC: International Steering Committee for Evaluation of Environmental Health Policies and Action Plans). Hierzu wurde ein Methodenkonzept entwickelt und empfohlen, das sich weitgehend auf eine Struktur- und Prozessevaluation der Programme bezieht. Diese sollten vorwiegend anhand von strukturierten Interviews mit Akteuren, Evaluationsworkshops bzw. Fokusgruppen sowie inhaltsanalytischen Dokumentenanalysen realisiert werden (Ivanov und Perlstadt 2002).

Nachdem unsere Arbeitsgruppe im April 2004 eine Expertise zur Durchführung der Evaluation des APUG NRW nach den skizzierten Gesichtspunkten erstellt hatte (Siegrist, Knesebeck und Bönte 2004), erhielten wir im Juli 2004 nach Einreichen eines entsprechenden Angebots den Auftrag, in einem insgesamt 14 Monate umfassenden Zeitraum (1. 10. 2004 bis 30.11. 2005) die Evaluation durchzuführen.

Ihre Grundzüge lassen sich wie folgt beschreiben:

Erstens sollte die Evaluation als eine Kombination von Selbst- und Fremdbeurteilung durchgeführt werden. Dies bedeutet, dass ein abgestimmtes Zusammenwirken zwischen den am Programm Beteiligten und der externen Evaluationsinstanz in Form eines entwicklungs- und managementorientierten Ansatzes erfolgt (vgl. auch Schalock 2001; Ovretveit 2002). Hierbei besteht das Ziel darin, die Qualität und Effektivität von Programmaktivitäten durch gezielte Rückkopplungsprozesse zu

verbessern, in denen Zwischenergebnisse der externen Evaluation intern diskutiert und Empfehlungen zur weiteren Programmgestaltung umgesetzt werden.

Zweitens liegt der Schwerpunkt der Begleitung auf der Prozessevaluation, d.h. der Dokumentation und Analyse der Arbeitsweise, der erwarteten und der erzielten Programmfortschritte im Beobachtungszeitraum.

Drittens erfolgt die Evaluation anhand der Anwendung etablierter Methoden der empirischen Sozialforschung, insbesondere von strukturierten Interviews, Fokusgruppen und inhaltsanalytischen Verfahren (Dokumentenanalyse). Auf vertiefende Verfahren wie teilnehmende Beobachtung, narrative Interviews sowie Sekundärdatenanalyse wird verzichtet.

Da die externe Evaluation zu einem Zeitpunkt einsetzte, zu dem APUG NRW bereits seit mehr als drei Jahren Aktivitäten durchgeführt hatte, war die Einbeziehung von Vorarbeiten wichtig. Andererseits lag es nahe, der Dokumentation und Analyse von Arbeitsprozessen und –ergebnissen innerhalb der Steuerungsgruppe als dem zentralen Arbeitsgremium des Programms besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Der nachfolgende Evaluationsbericht spiegelt diese Prioritätensetzung wider. In Kapitel 2 werden Ergebnisse von Fokusgruppengesprächen und Experteninterviews mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe dargestellt und bewertet, ergänzt durch Interviews mit wichtigen externen Akteuren. Das anschließende 3. Kapitel enthält eine Analyse wichtiger Dokumente, die entweder als Ergebnis der Arbeit im APUG NRW im Berichtszeitraum entstanden sind oder zur Weiterentwicklung der Arbeit in relevanter Weise beigetragen haben. Mit der Frage der Beeinflussung der in kommunalen Gesundheitskonferenzen geleisteten Arbeit durch APUG NRW befasst sich Kapitel 4 anhand der Ergebnisdarstellung einer Online Umfrage. Im 5. Kapitel wird schließlich eine Bilanz zum gegenwärtigen Stand des APUG NRW aus Sicht der Evaluation vorgenommen, und es werden gezielte Empfehlungen für die weitere Programmarbeit gegeben.

2. Fokusgruppengespräche und Experteninterviews

Im Vordergrund der Evaluation des APUG NRW stand die Prozessevaluation des Programms. Um bei den zentralen Akteuren des Programms, d.h. bei den Mitgliedern der Steuerungsgruppe, den Prozess der Programmentwicklung zu untersuchen, wurden als spezifische Methoden das Fokusgruppengespräch und das strukturierte Experteninterview eingesetzt. Der nachfolgende Teil des Berichts enthält die Auswertung der vom Evaluationsteam im Berichtszeitraum durchgeführten Fokusgruppengespräche und Experteninterviews sowie die daraus sich ergebende Bewertung des Entwicklungsstandes.

2.1 Einleitendes Fokusgruppengespräch

Ziel der Durchführung sog. Fokusgruppengespräche ist die zeitökonomische Herbeiführung eines umfassenden Meinungsbildes in einer Gruppe von Teilnehmern zu einer komplexen, bisher nicht für alle in gleicher Weise evidenten, möglicherweise kontroversen Thematik. Dieser Prozess der Verständigung wird erleichtert durch die Mitwirkung eines externen Moderators, der sowohl mit der Thematik vertraut als auch in der Lage ist, den gruppenspezifischen Prozess zielorientiert zu lenken. Hierzu wird in der Regel – so auch im vorliegenden Fall - eine zuvor erarbeitete Themenliste als Gerüst des Gesprächsverlaufs eingesetzt.

Das unter Moderation des Leiters des Evaluationsteams mit den anwesenden Mitgliedern der Steuerungsgruppe im Anschluss an die Sitzung vom 29.11.2004 durchgeführte einleitende Fokusgruppengespräch befasste sich mit der Klärung der Ziele des Aktionsprogramms aus Sicht der gegenwärtigen Projektentwicklung. Ferner interessierte die Frage, wie weit verfügbare Ressourcen eine entsprechende Zielerreichung ermöglichen.

Das Gruppengespräch verdeutlichte unterschiedliche Einschätzungen der Notwendigkeit, eine Gewichtung und weitere Präzisierung der allgemeinen, im Konsens der Beteiligten bereits seit längerer Zeit festgelegten sechs Programmziele vorzunehmen: (1) Umweltbezogenen Gesundheitsschutz verbessern; (2) umweltbedingte Gesundheitsrisiken minimieren; (3) Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und Gesundheit verdeutlichen; (4) Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung für die Zusammenhänge von Umwelt und Gesundheit sensibilisieren;

(5) Entscheidungskompetenzen in der Bevölkerung des Landes verbessern; (6) neue Formen des Kooperations- und Informationsaustauschs fördern.

So stellte sich die Frage, welche Priorität den einzelnen Zielen angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstands der Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise gegeben werden sollte. Während bei Vertretern der Behörden eher eine Verstärkung der intersektoralen und interdisziplinären Zusammenarbeit im Vordergrund stand (Ziel (4)), sprachen sich Vertreter von Verbänden und Vereinigungen sowie der Wissenschaft in stärkerem Maße für eine direkte Orientierung an Zielgruppen aus (z.B. an Verbrauchern, an Einwohnern als von gesundheitsgefährdender Umweltbelastung Betroffenen) (Ziele 2 und 5). Diese unterschiedliche Einschätzung konnte im Verlauf des Fokusgruppengesprächs sichtbar gemacht werden. Es zeigte sich, dass einzelne Teilziele des Programms einer weiteren Konkretisierung bedürfen. Zum Beispiel wäre zu klären, wie weit das Ziel, ‚umweltbedingte Gesundheitsrisiken minimieren‘ an der Abwehr bereits bestehender Gefahren (z.B. Feinstaubbelastung der Luft) oder an präventiven Maßnahmen (z.B. umweltgerechte Planungsentscheidungen) orientiert wird. In diesem Zusammenhang wurde auch angeregt, die seit Beginn des APUG NRW erreichten Entwicklungen danach zu differenzieren, ob sie durch das Programm selbst initiiert worden seien oder ob sie, obwohl bereits existent, eine besondere Verstärkung durch das Programm erfahren hätten. Ein gutes Beispiel für letzteres sei das Netzwerk ‚umweltverträgliche Baustoffe und Bauprodukte‘ (UBB) genannt. Mit diesem Schritt könne eine Schärfung des innovativen Gehalts des Programms und damit eine noch bessere Verständigung über anzustuernde Prioritäten erfolgen.

Bezüglich verfügbarer Ressourcen zur Zielerreichung stand die zentrale Rolle der vom Ministerium zur Verfügung gestellten und verwalteten Haushaltsmittel außer Frage. Überlegungen zu einer flankierenden Finanzierung (z. B. durch Sponsoring) erwiesen sich als verfrüht und zum Teil problematisch. Es bestand Einigkeit in der Einschätzung, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv eingesetzt würden, wie die bisher vorliegenden Berichte und übrigen Unterlagen belegten. Allerdings wurde vereinzelt ein engmaschigerer Informationsaustausch zum Stand bereits erteilter oder weiter geplanter Aufträge an Dritte gewünscht.

Ein weiteres Ergebnis des Fokusgruppengesprächs bestand darin, dass die Beteiligten von dem Nutzen der vom Evaluationsteam vorgesehenen strukturierten Befragung der Mitglieder der Steuerungsgruppe überzeugt waren. Auf diese Weise

sollten die unterschiedlichen Sichtweisen und die damit verbundenen Erwartungen differenziert erfasst und vergleichend bewertet werden können. Diese Zwischenergebnisse der Evaluation sollten sodann wieder in die Arbeit der Steuerungsgruppe zurückfließen und der weiteren Programmoptimierung dienen.

2.2 Erste Phase der Experteninterviews

2.2.1 Zielsetzung der Interviews

Zielgruppe der ersten Runde von Experteninterviews waren die 15 Mitglieder der Steuerungsgruppe des Programms. Diese integriert auf ministerieller Ebene die Bereiche Umwelt (MUNLV), Gesundheit (MGSFF¹), Verkehr (MVEL²) und Wohnen (MSWKS²). Seit Ende 2004 ist das Ressort Arbeit ebenfalls fester Bestandteil der Steuerungsgruppe. Daneben umfasst diese Gruppe einzelne Vertreter aus den Bereichen Landesverwaltung, Kommunen, Wissenschaft und Nicht-Regierungs-Organisationen. Die kommunalen Spitzenverbände sind durch ein Mitglied des Städtetages NRW vertreten.

Der *Steuerungsgruppe* kommt somit bei der Programmrealisierung eine entscheidende Bedeutung zu, da sie die Verbindungen zwischen dem das Programm koordinierenden Ministerium (MUNLV), der operativen Projektgruppe sowie den Arbeitskreisen aufrecht erhält und weiterentwickelt. Aufgrund ihrer Zusammensetzung strukturiert und legitimiert sie mit ihren Entscheidungen die Projektaktivitäten in wesentlichen Teilen. Zu den strukturbildenden Aktivitäten zählt neben der Bearbeitung bzw. politischen Weiterleitung der aus den Arbeitskreisen resultierenden Maßnahmen die Durchführung sog. Foren. Sie bilden eine öffentliche Plattform für Informationsaustausch, Kooperation und kritisches Feedback bei der weiteren Programmentwicklung. Mit erfolgreichen Veranstaltungen in Gelsenkirchen (2003) und Bonn (2004) (s.u. Kap. 3) haben bisher zwei Foren des APUG NRW stattgefunden.

Zur *Vorgehensweise der Experteninterviews* ist zu bemerken, dass nach Kontaktaufnahme mit den Mitgliedern der entwickelte Fragenkatalog (siehe Anhang A) zur Gesprächsvorbereitung zugesandt wurde. Sämtliche Mitglieder der Steuerungsgruppe (vgl. Anhang C) waren zu dem Gespräch, das in den meisten

¹ mittlerweile MAGS

² mittlerweile MBV

Fällen in Form eines persönlichen Interviews geführt wurde, bereit. Die zu Beginn des Jahres 2005 durchgeführten Interviews dauerten im Durchschnitt 45 Minuten.

Die anschließend transkribierten Gesprächsprotokolle wurden inhaltsanalytisch ausgewertet (vgl. Gläser und Laudel 2004).

Bezüglich der Konzeption des Fragenkatalogs hat sich das Evaluationsteam an den Empfehlungen der WHO für eine einheitliche Evaluation von NEHAPs (Ivanov und Perlstadt, 2002) orientiert, wobei den Besonderheiten von APUG NRW als einem regional und kommunal ausgerichteten Programm angemessen Rechnung getragen wurde. Aus dem erstellten Leitfaden zu den Experteninterviews lassen sich folgende *zentrale Fragenkomplexe* ableiten:

- (1) Welche Ziele wurden für das APUG NRW formuliert und wie wird diese Zielfestlegung beim gegenwärtigen Entwicklungsstand beurteilt?
- (2) Wie wird die allgemeine Struktur und Arbeitsweise des APUG NRW bewertet?
- (3) Wie gestaltet sich die Arbeitsweise innerhalb der Arbeitskreise?
- (4) Wie wird die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ministerien beurteilt?
- (5) Wie gestaltet sich aus Sicht der Beteiligten die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verwaltungsebenen?
- (6) Ist eine befriedigende Integration der Bürgervertretung (Nichtregierungsorganisationen) erreicht worden?
- (7) Wie ordnet sich das APUG NRW in weitere Umwelt- und Gesundheitsinitiativen ein und welche Möglichkeiten zusätzlicher Integration gibt es?
- (8) Wie werden die Kommunikationsprozesse bewertet, die das Programm nach außen initiiert hat?
- (9) Wie wird insgesamt der gegenwärtige Entwicklungsstand eingeschätzt, und wie sehen die weiteren Perspektiven des Programms aus?

2.2.2 Ergebnisse der Interviews

Während eine ausführliche Darstellung der Antworten im zweiten Zwischenbericht des Evaluationsteams (Mai 2005) an das MUNLV erfolgt ist, sollen hier lediglich die wesentlichen Aussagen zu diesem Zeitpunkt zusammengefasst und anschließend unter dem Gesichtspunkt der Prozessevaluation diskutiert werden.

Zu (1) Die zu Beginn vereinbarten Zielsetzungen wurden überwiegend als sinnvoll und tragfähig beurteilt. Es zeigte sich mehrheitlich eine Bevorzugung des Ziels, Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung für die Zusammenhänge von Umwelt und Gesundheit zu sensibilisieren (Ziel 4). Bezüglich der Erarbeitung von Evidenz zum Zusammenhang zwischen Umweltbelastung und Gesundheit (Ziele 3) sind nach dem Urteil der Befragten bereits sehr gute Grundlagen geschaffen worden. Weniger einig waren sich die Befragten über die Wege, die von der Steuerungsgruppe weiter zu beschreiten sind, um Konsequenzen aus den Befunden zu ziehen (konkrete lokale Modellprojekte, Verstärkung administrativer Maßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit etc; vgl. Ziele 2, 3, 5).

Zu (2) Der Aufbau interner Strukturen und die daraus resultierende Arbeitsweise des Programms wurden von der Mehrheit (9/15) positiv beurteilt. Die Arbeit der Steuerungsgruppe beeinflusste in der Wahrnehmung der Befragten das ressortspezifische Denken und Handeln der Vertreter der Ministerien auf positive und konstruktive Weise, nämlich im Sinne einer stärker intersektoral und interdisziplinär ausgerichteten Problembearbeitung. Die Sicherstellung von Informations- und Kommunikationsfluss durch die federführende Stelle des APUG NRW und die Vorbereitung der Treffen der Steuerungsgruppe durch einen engeren Kreis von Mitgliedern wurden ebenfalls überwiegend positiv gewertet.

Zu (3) Da nicht alle Mitglieder der Steuerungsgruppe zugleich Mitglieder einzelner Arbeitskreise waren, fiel die Beantwortung dieser Frage unterschiedlich aus. Überwiegend positiv wurden die bisherigen Ergebnisse der Arbeitskreise ‚Verkehr‘ und ‚Gesundes Wohnen‘ beurteilt, sowohl bezüglich der Form der Zusammenarbeit wie auch bezüglich des ‚outputs‘. Weniger günstig

fiel die Bewertung des Arbeitskreises ‚Dialogstrukturen im umweltbezogenen Gesundheitsschutz‘ aus, da das Arbeitsprogramm zu wenig strukturiert erschien. Unklar war auch die Ausrichtung des Arbeitskreises ‚Ernährung‘ innerhalb von APUG NRW sowie die inhaltliche Ausrichtung der in ihrer Relevanz von keinem Mitglied bestrittenen Thematik ‚Umweltgerechtigkeit‘, welches mittlerweile im Arbeitskreis ‚Dialogstrukturen‘ mitbehandelt wird.

Zu (4) 10 der 15 Befragten bewerteten die interministerielle Zusammenarbeit als relevanten Fortschritt und als wichtiges Ergebnis des Programms, das bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt sichtbar sei. Besonders hervorgehoben wurde die engagierte Mitarbeit von Vertretern des Umwelt-, Verkehrs- und Städtebauministeriums, später auch des Gesundheitsressorts. Weiter zu verstärken sei die Mitwirkung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, wofür bereits erste positive Anzeichen bestünden (z.B. zum Thema ‚Betriebliches Mobilitätsmanagement‘).

Zu (5) Von einer durch das Programm stimulierten verstärkten horizontalen Integration auf administrativer Ebene haben neben den Ministerien nach Meinung der Befragten die beiden Landesämter (LUA, LÖGD) profitiert, denen es überdies gelungen sei, als Multiplikatoren von Programminhalten zu agieren. Vertikal sei die Vernetzung mit der kommunalen Ebene trotz des beachtlichen Einsatzes des Vertreters des Städtetages NRW noch nicht in dem vorgesehenen Umfang erfolgt. Hierzu wurde von einer Minderheit der Befragten angeregt, die kommunale Ebene in der Steuerungsgruppe gegebenenfalls stärker zu repräsentieren.

Zu (6) Bisher sind der BUND und die Verbraucherzentrale NRW über teils ehrenamtlich wirkende Vertreter in der Steuerungsgruppe repräsentiert. Dies wurde überwiegend (10/15) als ausreichende Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen gewertet, wobei allerdings auf die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen verwiesen wurde. Vorschläge zu einer Ausweitung dieses Kreises bezogen sich auf den ADAC und die Versicherungswirtschaft. Mehrheitlich wurde der Wunsch geäußert, Wirtschaftsverbände (z.B. Verband der Chemischen Industrie NRW) und

einzelne Unternehmen (z.B. der Automobilindustrie) stärker einzubeziehen, obwohl hier vereinzelt auch Zielkonflikte gesehen wurden. Generell wurde betont, dass die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft verstärkt werden sollte.

Zu (7) Bezüglich der Zusammenarbeit mit verwandten Initiativen überwog die Meinung, dass hier kein vordringlicher Entwicklungsbedarf bestehe. Einerseits seien die nationalen und europäischen Programme mit ihrem allgemeineren Bezugsrahmen für die konkrete Arbeit zu weit entfernt, andererseits bestünden zwischen bereits laufenden Aktionen auf lokaler Ebene (wie z.B. der ‚lokalen Agenda‘) aufgrund unterschiedlicher Ausrichtung und unterschiedlichem zeitlichen Verlauf wenig Berührungspunkte. Gegenläufige Meinungen verwiesen allerdings auf nicht ausreichend genutzte Kooperationschancen (z.B. mit dem Bundes-APUG bezüglich Verwertung von Datenmaterial im Rahmen des ‚Situationsberichts‘, mit der lokalen Agenda im Rahmen kommunaler Initiativen zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz).

Zu (8) Über die beiden Foren und über die zum Teil bereits gedruckten und verteilten, zum Teil in Vorbereitung befindlichen Arbeitsberichte und Broschüren hinaus sei nach Meinung eines Teils der Befragten (5/15) die Außenkommunikation deutlich zu intensivieren. Insbesondere wurde der Bekanntheitsgrad von APUG NRW auf kommunaler Ebene als unzureichend eingeschätzt. Die Öffentlichkeitsarbeit würde demnach nicht mit der notwendigen Professionalität betrieben. Auch würden die Chancen der elektronischen Kommunikation beispielsweise über das Internetportal noch nicht optimal genutzt.

Zu (9) 12 der Befragten zogen eine insgesamt positive Zwischenbilanz des Programms. Der Pioniercharakter von APUG NRW war allen Beteiligten bewusst, und die mit erheblichem Aufwand verbundene Mitarbeit wurde als nutzbringend gesehen. Eine weitere thematische Konzentration der Arbeit der Steuerungsgruppe und ihrer Arbeitskreise erschien zielführend, ebenso wurde eine weitere Verstärkung von Aktivitäten auf kommunaler Ebene als entscheidend betrachtet.

2.2.3 Zwischenbewertung auf Grundlage der Interviews

Es zeigte sich, dass der in Anlehnung an Ivanov und Perlstadt (2002) entwickelte Interviewleitfaden eine breit gefächerte Bestandsaufnahme des Programms ermöglichte. Dies wurde durch die Äußerung der befragten Mitglieder bekräftigt, dass aus ihrer Sicht alle wichtigen Aspekte des Programms angesprochen worden waren. Die Befragung bot für die Beteiligten gleichzeitig die Möglichkeit, eigene Akzente zu setzen und spezifische Themengebiete individuell zu gewichten, ein Aspekt, der von allen im Hinblick auf den Prozesscharakter des Programms als Chance betrachtet wurde.

Aus den Interviews mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe ließen sich für die Evaluation die nachfolgend aufgeführten Erkenntnisse gewinnen. Im Sinn der entwicklungsorientierten Prozessevaluation sind die daraus abgeleiteten Empfehlungen an die Steuerungsgruppe (Zwischenbericht Mai 2005) weitergeleitet und teilweise umgesetzt worden:

Zwischenergebnis (1) APUG NRW hat erfolgreich interne Arbeitsstrukturen etabliert.

Über die zentralen Themenfelder hinweg ist deutlich geworden, dass es im Rahmen des APUG NRW zu einem Aufbau funktionstüchtiger Organisationsformen gekommen ist. Durch die Einsetzung einer Steuerungsgruppe konnten Verantwortliche aus unterschiedlichen Umwelt- und Gesundheitssektoren in die Umsetzung des Programms einbezogen werden. Ein Kernaspekt des Erfolgs dieser Organisationseinheit ist aus Sicht der Evaluation, dass trotz der Vielfalt der Kreis der Mitglieder eine die Effektivität gefährdende Größe nicht überschreitet. Hierdurch existieren zum einen direkte und schnell zu beschreitende Kommunikationswege, zum anderen ist eine effektive Arbeitsteilung möglich. Dieses Gremium hat mit Erfolg Umsetzungsvorschläge erarbeitet und unterschiedliche Aktivitäten koordiniert. Weiterhin wirkten die Mitglieder als Multiplikatoren, indem sie Informationen über ihre jeweiligen Institutionen weiterleiteten. Durch die Schaffung themenspezifischer Arbeitsgruppen konnten effektive Arbeitseinheiten errichtet werden, die unter Einbeziehung externer Experten und den Auf- und Ausbau von Netzwerken mehrere Projekte durchführten. Die Initiierung von Foren muss als ein weiteres erfolgreiches strukturelles Element des Programms bewertet werden, da mit ihrer Hilfe Kernaspekte des Programms mit einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert werden

konnten. Aus den beiden Foren gingen wichtige Impulse für die weitere Programmgestaltung hervor.

- Aus Sicht der Evaluation ist zu empfehlen, zukünftig die guten internen Arbeitsstrukturen weiter auszubauen.
- Im Rahmen der zu erwartenden vermehrten Etablierung des Programms ist jedoch konsequent darauf zu achten, die Balance zwischen Offenheit für weitere Mitglieder und effektivem Arbeiten in gefestigten Strukturen nicht zu gefährden.
- Da nicht alle Steuerungsgruppenmitglieder gleichermaßen stark am Aufbau des Programms beteiligt waren, erscheint es für die zukünftige Arbeit sinnvoll, die bis zum jetzigen Zeitpunkt errichteten Strukturen anhand eines Organigramms zu konkretisieren.
- Insgesamt ist dem Großteil der Mitglieder der Vorteil einer klaren Federführung der Programmaktivitäten durch das MUNLV bewusst. Gleichzeitig ist aber zu beachten, Entscheidungsprozesse transparent zu gestalten.

Zwischenergebnis (2) APUG NRW verfügt über einen bemerkenswerten Output.

Vor allem durch die beiden sehr effizienten Arbeitsgruppen ‚Verkehr‘ und ‚Gesundes Wohnen‘ konnte das Programm mehrere Projekte bereits erfolgreich durchführen. Der fachübergreifenden Interdisziplinarität ist es zu verdanken, dass Umwelt- und Gesundheitsaspekte vereinigende Broschüren erstellt wurden, welche Entscheidungsträger sensibilisieren und individuelle Handlungsoptionen erhöhen. In Anbetracht begrenzter finanzieller Mittel sind die bisher erarbeiteten Resultate des Programms als beachtlich einzustufen.

- Aus Sicht der Evaluation ist zu empfehlen, neben einer weiterhin zu führenden strategischen Diskussion über die Gewichtung der einzelnen Programmziele, die Verknüpfung der Themen Verkehr, Wohnen und Gesundheit mit besonderem Bezug zu urbanen Ballungszentren stärker zu verfolgen.

Zwischenergebnis (3) APUG NRW hat in der politischen Verankerung des Programms deutliche Fortschritte machen können.

Die Verknüpfung von Umweltthemen mit Gesundheitsaspekten ist das zentrale Kennzeichen des Programms und erfordert die Integration teilweise divergierender politischer Instanzen. Bei der Beschreitung dieses neuen Weges waren in der Anfangsphase zahlreiche Hürden zu überwinden. Durch eine überzeugende Arbeit sowohl auf konzeptueller Ebene als auch auf der Ebene der praktischen Umsetzung konnten weitere politisch Verantwortliche für das Programm gewonnen werden. Unterstrichen wurde diese erfolgreiche politische Verankerung des Programms durch eine hochrangige Beteiligung von Vertretern der einschlägigen Landesministerien beim zweiten Forum 2004 in Bonn.

- Aus Sicht der Evaluation ist zu empfehlen, auch zukünftig weiter an der Erfolg versprechenden Strategie festzuhalten, ein hohes Maß der Anstrengungen der politischen Verankerung des Programms zu widmen.
- Angesichts der Bedeutung der Kooperation zwischen den Ressorts Umwelt, Verkehr, Wohnen und Gesundheit für die Programmarbeit sollte die interministerielle Zusammenarbeit im Rahmen des APUG NRW – d.h. über die bereits zwischen den Ministerien eingerichteten Arbeitsgruppen hinaus – fortgeführt und intensiviert werden.

Zwischenergebnis (4) APUG NRW hat mit Erfolg Umwelt- und Gesundheitsthemen verknüpft.

Die Verknüpfung von Umwelt- und Gesundheitsthemen hat in jeglicher Hinsicht bezüglich der Umsetzung des Programms höchste Priorität. Dieser Aspekt wurde innerhalb des APUG NRW sowohl beim Aufbau von Organisationsstrukturen, der Auswahl der Schwerpunktthemen als auch bei der Initiierung von Projekten stets gebührend berücksichtigt. So ist es z.B. im Rahmen des Schwerpunktthemas ‚Verkehr‘ gelungen, auf die beachtlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Luft- und Lärmbelastungen durch sorgfältige und überzeugende Analysen

aufmerksam zu machen. Dass diese vom APUG NRW behandelte Thematik auch in der Öffentlichkeit als bedeutend wahrgenommen wird, ist an der aktuellen Diskussion zum Thema Feinstaub zu erkennen. Eine rechtzeitige politische Umsetzung des vom APUG NRW diesbezüglich erarbeiteten Handlungsbedarfs hätte dessen Programmerfolg noch deutlich verbessern können.

Der interdisziplinäre Ansatz erklärt auch, dass z.B. in einzelnen Institutionen langjährig bestehende Strukturen ressortspezifischer Problembearbeitung gelockert und einer intersektoralen Bearbeitung verstärkt zugänglich gemacht wurden.

- Vor allem die Interdisziplinarität und die Verknüpfung umwelt- und gesundheitsrelevanter Themenfelder sind zentrale Pfeiler der Erfolge des Programms und sollten auch zukünftig in weiteren Initiativen deutlich hervorgehoben werden.

Zwischenergebnis (5) APUG NRW weist positive Ansätze in der Außenkommunikation auf.

Die Interviews haben deutlich gemacht, dass APUG NRW mit Erfolg relevante Akteure zusammengeführt und einen konstruktiven Dialog initiiert hat. In diesem Zusammenhang sind vor allem die zwei bisherigen Foren zu nennen. Es sollte allerdings in Zukunft, neben den Handlungsträgern, auch zu einer stärkeren Einbindung und spezifischeren Ansprache der betroffenen Bevölkerungsgruppen auf kommunaler Ebene kommen. Neben der Entwicklung eines umfassenden Medienkonzeptes im Rahmen der verfügbaren Ressourcen empfiehlt es sich daher, die Diffusion und Wirkung von Projektberichten und Broschüren sowie den Bekanntheitsgrad des Programms auf Bürgerebene zu untersuchen.

- Aus Sicht der Evaluation könnten der Bekanntheitsgrad des APUG NRW und die Wirksamkeit des Programms vor allem auf Bürgerebene durch die Ausarbeitung eines Medienkonzeptes deutlich gesteigert werden.

Zwischenergebnis (6) APUG NRW sollte die Arbeit noch effizienter auf verfügbare Ressourcen richten.

Die Programmaktivitäten der Steuerungs- und Arbeitsgruppen sollten weiterhin an etablierten Projekten anknüpfen und diese ausbauen. Es muss eine Balance zwischen Initiativen, die wirkungsstark in die Tiefe gehen (vor allem auf kommunaler Ebene) und Initiativen, welche die Programmverbreitung und weitere Programm Vernetzung zum Ziel haben, gefunden werden.

- Aufgrund begrenzter Ressourcen wird aus Sicht der Evaluation eine verstärkte Orientierung der zukünftigen Arbeit an den bereits etablierten Strukturen und an den erzielten eigenen Arbeitsergebnissen im Sinne einer wirkungsvollen Vertiefung als zielführend erachtet.

Zwischenergebnis (7) APUG NRW benötigt eine aussagekräftige Datenlage zum Zusammenhang Umwelt und Gesundheit.

Der den Mitgliedern der Steuerungsgruppe bisher nicht in vollem Umfang vorliegende ‚Situationsbericht‘ sollte, soweit seine Aussagen entsprechend verwertbar sind, in die Projektarbeit einbezogen werden.

- Aus Sicht der Evaluation ist es angezeigt, die im Rahmen der Erstellung des ‚Situationsberichts‘ erarbeiteten Materialien zum Zusammenhang von Umweltbelastung und Gesundheit baldmöglichsten Steuerungsmitgliedern zur Verfügung zu stellen, um eine informierte Befassung auch mit Aspekten zu ermöglichen, die über die im Zentrum stehenden Belastungsquellen Verkehr und Wohnen hinausreichen. Weiter ist zu prüfen, in welchem Umfang Daten der kommunalen Berichtserstattung bzw. der Umweltberichtserstattung systematisch verwertet werden können.

2.3 Fokusgruppengespräch zu den Ergebnissen der Experteninterviews

Der auf der Grundlage der Interviews mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe verfasste Bericht und die Einordnung der erhobenen Daten in den Kontext der Prozessevaluation wurde in Absprache mit dem MUNLV an die Steuerungsgruppenmitglieder versandt. Damit einhergehend wurden die Mitglieder zu einem zweiten Fokusgruppengespräch eingeladen, mit dem Ziel, die durch die Interviews gewonnenen Erkenntnisse unter Leitung des Evaluationsteams gemeinsam zu diskutieren und daraus Folgerungen für die weitere Optimierung der Arbeit abzuleiten.

In einer einleitenden Gesprächsrunde machten die Teilnehmer deutlich, dass sie die Interviews als hilfreiche Möglichkeit wahrgenommen hatten, in einem offenen Gespräch sowohl die Stärken des Aktionsprogramms darzulegen, als auch auf bestehende Schwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten einzugehen. Alle wichtigen Komponenten des Programms seien hierbei angesprochen worden. Der Bericht fasse das Gesagte in wesentlichen Zügen zusammen.

Im Anschluss daran dienten die vom Evaluationsteam anhand der Interviews herausgearbeiteten 7 Punkte (s.o.) als Diskussionsgrundlage. Es bestand Einigkeit darin, dass das APUG NRW in der relativ kurzen Zeit der Implementierung des Programms eine bemerkenswerte Anzahl von Projekten durchgeführt habe. Auch bezüglich der vom Evaluationsteam herausgestellten gelungenen Verknüpfung von Umwelt- und Gesundheitsthemen bestand unter den Teilnehmern der Fokusgruppe Einigkeit.

Dass das Programm ein stärkeres Gewicht darauf legen müsse, die bereits erarbeiteten Ergebnisse auch zielführend nach außen zu tragen und effizient an die Zielgruppen weiterzuleiten, wurde ebenfalls von allen bekräftigt. Die Beteiligten stimmten in der Einschätzung überein, dass der Ausbau der Außenkommunikation aufgrund der vorhandenen Ressourcen nur in begrenztem Umfang erfolgen könne. Diskutiert (jedoch nicht beschlossen) wurde die Beauftragung einer externen Marketingfirma zur Erstellung eines Medienkonzepts, wobei angesichts knapper Mittel auch kostengünstigere Umsetzungsmöglichkeiten ins Spiel gebracht wurden. In den Interviews hatte sich gezeigt, dass die noch nicht erfolgte Veröffentlichung des Situationsberichts von einigen Mitgliedern bemängelt wurde. Allerdings waren in

Reaktion auf den von der Evaluation aufgezeigten Mangel einzelne Fachbeiträge zu Umwelt und Gesundheit anlässlich des Fokusgruppentreffens vervielfältigt, den Mitgliedern ausgehändigt und später auf der Internetseite des APUG NRW veröffentlicht worden. Der Ausbau der inneren Arbeitsstrukturen wurde von allen im Prinzip als positiv bewertet. Jedoch bestätigte sich in der Fokusgruppe das mittels der Interviews gewonnene Bild, dass nicht alle Mitglieder umfassend über die Arbeitsstruktur des Programms informiert waren. So wurde das Bedürfnis artikuliert, eine transparente Darstellung von Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen innerhalb von APUG NRW vonseiten des federführenden Ministeriums zu erhalten. Es wurde angeregt, ein Organigramm zu entwerfen, aus dem die Zuständigkeiten, die Arbeitsaufgaben der Beteiligten und die Aufträge an Dritte ersichtlich werden. Auch wurde erwogen, den Zeitplan für die einzelnen Arbeitsaufgaben zu präzisieren. Vertreter des MUNLV griffen diese Anregungen unmittelbar auf und erörterten die vereinbarten Zuständigkeiten. Auch gaben sie einen Überblick über Aufträge an Dritte sowie den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Kooperationen.

Neben der transparenten Darstellung der Arbeitsstrukturen und -beziehungen wurde vom Evaluationsteam angeregt, die bestehenden Ressourcen effektiver zu nutzen. Im Dialog mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe konnte Einigkeit darüber erzielt werden, dass neue Projekte zukünftig auf den bestehenden Strukturen aufbauen bzw. in diese im Sinne einer Konzentration und Vertiefung integriert werden sollten. Es wurde davor gewarnt, sich mit neuen Themen insgesamt zu „verzetteln“.

Ein Kernaspekt der Ergebnisse der Experteninterviews betraf die insgesamt erfolgreiche Integration unterschiedlicher Institutionen, insbesondere die starke interministerielle Vernetzung. Hier wurden weitere Entwicklungschancen gesehen, die Themen Umwelt und Gesundheit intersektoral noch intensiver zu bearbeiten. Das Fokusgruppengespräch gab hierzu Anregungen, insbesondere bezüglich weiterer Synergien zwischen Umwelt- und Gesundheitsressort.

Insgesamt zeigte sich somit bei diesem zweiten Fokusgruppengespräch, dass das Evaluationsverfahren einer Rückkopplung von Ergebnissen der Interviews in den Kreis der Beteiligten geeignet war, die interne Programmentwicklung im Sinne der Zielkonkretisierung und Optimierung von Arbeitsprozessen positiv zu beeinflussen.

2.4 Nachbefragung der Mitglieder der Steuerungsgruppe

2.4.1 Zielsetzung der Nachbefragung

Um im Rahmen der Prozessevaluation zu erfassen, in welchen Bereichen des Programms im Zeitraum zwischen diesem zweiten Fokusgruppengespräch (Mai 2005) und der Abschlussphase der Evaluation (November 2005) entsprechende Entwicklungen stattgefunden hatten, wurde der Kreis der Mitglieder der Steuerungsgruppe im November wiederholt befragt. Methodisch handelte es sich hierbei wiederum um thematisch strukturierte Interviews (Interviewleitfaden siehe Anhang B). Wie auch im Fall der Experteninterviews erhielten alle Interviewpartner den Interviewleitfaden im Vorfeld zugeschickt. Im Unterschied zu den in der ersten Phase persönlich durchgeführten Interviews erfolgte die Nachbefragung telefonisch (durchschnittliche Gesprächsdauer 25 Minuten).

Basierend auf den im Diskurs mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe herausgearbeiteten Themen ergaben sich für die Nachbefragung folgende vorrangigen Aspekte:

- (1)** Welche wesentlichen Veränderungen haben sich in diesem Zeitraum innerhalb des Aktionsprogramms ergeben?
- (2)** In welchem Umfang und mit welchen Folgen sind die im Fokusgruppengespräch vereinbarten internen Maßnahmen der Programmoptimierung realisiert worden?
- (3)** Welche Bedeutung kommt aus Sicht der Beteiligten dem zwischenzeitlich erfolgten Wechsel der Landesregierung zu (Landtagswahl 2005)?
- (4)** Welche weiteren Perspektiven werden für das Programm über 2005 hinaus gesehen?

Im Folgenden wird zunächst eine zusammenfassende Darstellung der Befragungsergebnisse (Synopsis) gegeben (2.4.1). Anschließend erfolgt eine Ergebnisbewertung aus Sicht der Evaluation (2.4.2).

2.4.2 Synopse der Befragungsergebnisse (Nachbefragung)

Die nachfolgende Übersicht integriert die Antworten aus Interviews mit insgesamt 14 Mitgliedern der Steuerungsgruppe. Ein Mitglied konnte aus Termingründen nicht befragt werden.

Zu (1) Der Großteil der Befragten (12/14) gab an, dass es zu keinen bedeutsamen Umgestaltungen in der Programmarbeit gekommen sei. Inhaltlich wurde von einzelnen Befragten allerdings auf die Etablierung des Themas ‚Umweltgerechtigkeit‘ sowie auf die Ausgliederung des Themenfeldes ‚Ernährung‘ aus dem Programm (neues eigenes Referat innerhalb des MUNLV) hingewiesen. Welche Auswirkungen der neue Zuschnitt einiger Landesministerien sowie die Haushaltssperre auf das Programm habe, bleibe abzuwarten.

Zu (2) Ein Großteil der Befragten (8/14) machte deutlich, dass das Bewusstsein der Notwendigkeit einer integrierten Behandlung umwelt- und gesundheitsrelevanter Themen weiter gestärkt worden sei, nicht zuletzt durch die in den Medien im Frühsommer stark beachtete, maßgeblich durch Vorarbeiten von APUG NRW beförderte Feinstaubthematik. In diesem Zusammenhang wurde ebenso der öffentlichkeitswirksame Wettbewerb ‚GesundMobil‘ in Nordrhein-Westfalen genannt. Allerdings dürften kurzfristige Erfolge nicht überbewertet werden, da das langfristige Programmziel darin bestehe, die Themen Umwelt und Gesundheit auf der institutionellen Ebene politischen Handelns stärker zu verbinden. Weitere mehrheitlich genannte Fortschritte bezüglich der beim Fokusgruppengespräch vereinbarten Maßnahmen betrafen die Transparenz von Arbeitsstrukturen und Entscheidungswegen innerhalb des Programms, die Veröffentlichung von Fachbeiträgen, die aus dem Situationsbericht resultierten sowie die begonnene Zusammenarbeit mit dem Programm ‚Soziale Stadt NRW‘.

Zu (3) Zum Zeitpunkt der Nachbefragung waren von Seiten der neuen Landesregierung noch keine definitiven Aussagen bezüglich der Zukunft des Programms erhältlich. Daher bezogen sich die Antworten auf Einschätzungen der bisher von der Steuerungsgruppe geleisteten politischen

Implementierung und auf eine Prognose der zukünftigen Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit im Programm der neu gewählten Regierung. Insgesamt war ein Großteil der Befragten der Überzeugung, dass aufgrund der erfolgreichen Programmarbeit und der dadurch erzeugten gesteigerten Sensibilisierung politisch Verantwortlicher gegenüber der Thematik ‚umweltbezogener Gesundheitsschutz‘ eine Fortführung der Programmarbeit von APUG NRW wahrscheinlich sei. Die Weiterführung der im Wesentlichen unveränderten Organisationsstruktur des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – und damit auch der Verankerung der Federführung des APUG NRW – bilde eine günstige strukturelle Voraussetzung für diese Entwicklung.

Zu (4) Da es gelungen ist, durch APUG NRW eine komplexe und gut funktionierende Struktur interdisziplinärer Zusammenarbeit aufzubauen, sieht ein Großteil der Befragten gute Chancen, auch auf längere Sicht in dieser Konstellation weiterzuarbeiten. Allerdings könnte eine deutliche Ressourcenbeschneidung dazu führen, dass die Dynamik des Programms kritisch verzögert wird und einzelne Ziele nicht in vorgesehenem Umfang erreicht werden könnten. Einig war man sich ferner in der Einschätzung, dass die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene intensiviert werden muss und dass überdies nach Wegen gesucht werden soll, die im Land vorhandene wissenschaftliche Expertise noch stärker als bisher in die Programmarbeit einzubeziehen.

2.4.3 Bewertung der Nachbefragung aus Sicht der Evaluation

Die durchgeführte Nachbefragung hat ermöglicht, die Programmentwicklung seit Mai diesen Jahres aus der Perspektive der Mitglieder der Steuerungsgruppe als zentraler Instanz des APUG NRW zu erfassen. Aus Sicht der Evaluation ergeben sich drei wesentliche Sachverhalte, die es verdienen, zusammenfassend erläutert und interpretiert zu werden.

**Ergebnis der Nachbefragung (1) Durch Konzentrierung der
Programmarbeit auf zentrale Themenfelder hat APUG NRW das
eigene Profil schärfen und die effektive Nutzung bestehender
Ressourcen erhöhen können.**

Das Fokusgruppengespräch im Mai 2005 hatte deutlich gemacht, dass es für den Erfolg von APUG NRW von Bedeutung ist, das Spektrum begonnener Aktivitäten einzudämmen und im Bereich von Kernthemen die Arbeit sowohl vertikal (innerhalb des Projekts) zu vertiefen als auch horizontal – in Kooperation mit regionalen bzw. kommunalen Partnern sowie mit thematisch verwandten anderen Programmen – zu intensivieren. Dieser Aspekt ist von den am Programm beteiligten Akteuren erfolgreich aufgegriffen worden, indem das Thema ‚Ernährung‘ ausgegliedert und die beiden Themen ‚Dialogstrukturen im umweltbezogenen Gesundheitsschutz‘ sowie ‚Umweltgerechtigkeit‘ vorwiegend auf die Schwerpunkte ‚Verkehr‘ und ‚Gesundes Wohnen‘ ausgerichtet wurden bzw. werden. Damit wird dem Kernanliegen von APUG NRW, die umweltbedingten Gesundheitsrisiken zu verringern und den umweltbezogenen Gesundheitsschutz zu stärken, mit besonderer Beachtung von Problemlagen urbaner Ballungsräume vermehrt Rechnung getragen.

Zwischenzeitlich erfolgte erste Auswertungen zu sozial ungleich verteilten Expositionen in ausgewählten großstädtischen Wohngebieten unterstreichen die Bedeutung dieser Fokussierung (vgl. die Zusatzauswertungen des Landesumweltamtes in Zusammenarbeit mit der epidemiologischen Forschungsgruppe der Universität Duisburg-Essen). Durch die ebenfalls zwischenzeitlich fertig gestellte Ausarbeitung zu integrierten, Umwelt- und Gesundheitsbelange in angemessener Weise berücksichtigenden kommunalen Planungsverfahren ist überdies der konkrete Anwendungsbezug entsprechender Erkenntnisse verdeutlicht worden. In Arbeitskreisen bereits erstellte Vorarbeiten zu einer gesundheitsverträglichen Gestaltung des Pendelverkehrs zwischen Wohn- und Arbeitsorten können in diese fokussierte Themenbearbeitung ebenso einfließen wie die Erfahrungen, die im Rahmen des Wettbewerbs „GesundMobil in Nordrhein-Westfalen“ gesammelt wurden. Hilfreich für eine verstärkte Außenwirkung des Programms dürfte schließlich die geplante weite Streuung eines Ratgebers zu gesundem Wohnen sein.

Auf der Ebene der Nutzung vorhandener Ressourcen ist die sich abzeichnende Konzentration ebenfalls positiv zu bewerten, nicht nur unter dem Aspekt eines

begrenzten finanziellen Gestaltungsspielraums, sondern auch im Hinblick auf die zeitliche Belastung, welche durch die engagierte Mitarbeit der Mitglieder entsteht.

Ergebnis der Nachbefragung (2) Durch APUG NRW ist der Prozess der Verankerung des Themas ‚gesundheitsbezogener Umweltschutz‘ auf der institutionellen Ebene politischen Handelns weiter gefestigt worden.

Diese nahezu konsensuale Einschätzung durch die Befragten kann als Indikator einer *gelungenen Orientierung der Arbeit an einem der zentralen Programmziele* gewertet werden. Sie ist angesichts einer gewissen Verunsicherung, die sich im Zeitraum zwischen Fokusgruppengespräch und Nachbefragung aufgrund der Landtagswahlen in NRW ergab, bemerkenswert. Die Ergebnisse der Prozessevaluation unterstreichen die positive Einschätzung dieses zentralen Teils der Projektarbeit durch die Mitglieder der Steuerungsgruppe. So ist beispielsweise die interministerielle Zusammenarbeit auch außerhalb der Steuerungsgruppe durch konsequentes Kooptieren von Mitgliedern anderer Ministerien in entsprechende Arbeitsgruppen verstärkt worden.

Ergebnis der Nachbefragung (3) Während eine stärkere politische Verankerung der Thematik durch die Arbeit von APUG NRW erreicht werden konnte, ergibt sich bezüglich der Ausstrahlungseffekte des Programms nach außen weiterer Entwicklungsbedarf.

Die Nachbefragung hat gezeigt, dass bezüglich einer *Gewichtung der Programmziele* nach wie vor gewisse Diskrepanzen bestehen. Zwar ist, wie ausgeführt, ein Konsens in Hinblick auf das Ziel der Sensibilisierung politischer Entscheidungsträger und der Verstärkung gesundheitsbezogener Umweltpolitik auf institutioneller Ebene zu verzeichnen. Die Frage der *Ausstrahlung der Programmarbeit in die Kommunen* und damit in den Lebensraum exponierter Bevölkerungsgruppen, wird jedoch unterschiedlich bewertet. Allerdings räumen selbst die Befürworter einer noch stärkeren Ausrichtung an konkreten kommunalen Projekten ein, dass dies angesichts der vorhandenen Ressourcen nur begrenzt möglich ist.

In diesem Zusammenhang werden von den Befragten verschiedene *Maßnahmen* genannt, die für die weitere strategische Ausrichtung der Projektarbeit bedeutsam

sein könnten. Hierzu zählen (1) die Erarbeitung eines Medienkonzepts, welches Formen und Inhalte der von APUG NRW nach außen zu kommunizierenden Botschaften zielgruppengerecht festlegt, (2) die Verstärkung des Wissens- und Handlungstransfers in die kommunale Ebene hinein, insbesondere in etablierte Gremien wie kommunale Gesundheitskonferenzen und kommunale Umwelt- und Planungsämter, gegebenenfalls aber auch in Bürgerinitiativen. Weitere Maßnahmen beziehen sich (3) auf eine stärkere Einbindung der Wirtschaft in die Arbeit von APUG NRW sowie (4) auf eine stärkere Beteiligung der Wissenschaft an der konkreten Ausarbeitung der Programmaktivitäten.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass APUG NRW im Berichtszeitraum, wie aus den Stellungnahmen der befragten Mitglieder der Steuerungsgruppe ersichtlich wird, weitere ermutigende Fortschritte erzielt hat.

2.5 Interviews mit Experten außerhalb der Steuerungsgruppe

Aufgrund der bereits angesprochenen Vernetzung von APUG NRW mit überregionalen bzw. europäischen Programmen erschien es sinnvoll, den Kreis der Teilnehmer an Experteninterviews über die Steuerungsgruppe hinaus gezielt auszuweiten. In diesem Abschnitt werden daher die Kerninhalte der mit insgesamt 8 Vertretern wichtiger Organisationen im In- und Ausland geführten Interviews zusammenfassend wiedergegeben. Die Ergebnisse dieser zusätzlichen Gespräche werden inhaltlich in die abschließende Bewertung eingearbeitet (Kapitel 5). Die Interviews erfolgten mit Vertretern folgender Institutionen: Weltgesundheitsorganisation (WHO), Bundes APUG, Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU), Allgemeiner Deutscher Automobilclub (ADAC), Arbeitskreis Gesundes Wohnen, Arbeitskreis Verkehr, Gesundheitsministerium NRW sowie Evaluation des APUG Schweiz.

Bezüglich der *Besonderheiten und Stärken des APUG NRW* wurde mehrfach betont, dass die Schwerpunktsetzung besonders überzeugend gelungen sei. So bemerkte der Vertreter der WHO, dass die qualifizierten Vorarbeiten und konkreten Ergebnisse zu den Themen Verkehr und Wohnen auch international anschlussfähig seien, insbesondere hinsichtlich der Herausforderungen des demographischen Alterns (z.B. Seniorenwohnungen in urbanen Zentren; Verkehrsprobleme in einer alternden Gesellschaft). Aus Sicht des Bundes APUG, welches vermehrt die Medienarbeit

sowie das Thema ‚Umwelt und Gesundheit von Kindern‘ in den Vordergrund stellt, überzeugt APUG NRW durch seine Ausrichtung auf die lokale Ebene, ebenso durch die starke Einbindung der Verkehrsthematik. Nach Einschätzung des Vertreters des DIFU bietet dieses Programm Erfolg versprechende Möglichkeiten, integrierte Planungsverfahren unter verstärkter Beachtung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes durchzuführen, vor allem in den kreisfreien Städten mit kommunalen Gesundheitsämtern. Hierzu sei auch eine produktive Zusammenarbeit mit dem DIFU entwickelt worden.

Die Möglichkeiten einer *Zusammenarbeit von APUG NRW mit weiteren Partnern* werden von den Befragten optimistisch eingeschätzt, und es werden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Vom Vertreter der WHO wird angeregt, die dort bestehenden Programmaktivitäten zu Risikokommunikation bezüglich Umweltgefahren sowie zu umweltverträglicher Verkehrsentwicklung und Unfallverhütung zu erkunden und einen entsprechenden Austausch zu intensivieren. Auch vonseiten des ADAC werden Kooperationen vorgeschlagen, so etwa zu den Themen Lärm, Autoabgase und Katalysatoren. Ebenso wird ein Erfahrungsaustausch bezüglich der Aktion ‚Mobil mit den richtigen Mitteln‘ angeregt. Der Vertreter des Arbeitskreises Verkehr erinnert in diesem Zusammenhang an ermutigende Erfahrungen mit der Aktion ‚Mit dem Rad zur Arbeit‘, das in Zusammenarbeit mit einer AOK initiiert wurde, während der Vertreter des Arbeitskreises Gesundes Wohnen auf noch nicht ausreichend ausgeschöpfte Kontaktmöglichkeiten zur Architektenkammer NRW und zu Mietervereinen hinweist. Allerdings werden die bisher erzielten *Ergebnisse, gemessen an den vereinbarten Zielen, vereinzelt auch kritisch betrachtet*. So gibt der Vertreter der WHO beispielsweise zu bedenken, dass durch die vorrangige Befassung mit Entscheidungsträgern und administrativen Prozessen konkrete Aktionen zur Verringerung der durch Umweltbedingungen verursachten gesundheitlichen Gefährdung bestimmter Bevölkerungsgruppen in den Hintergrund rückten. Als Beispiel wurde das Problem Übergewicht und Bewegungsmangel genannt. Hier könnten kommunale Präventionsprogramme (z.B. Ausbau von Fahrradwegen; Laufwettbewerbe) bereits kurz- bis mittelfristig nachweisbare Erfolge erbringen. Dies wird auch vonseiten der Evaluation des Schweizer APUG unterstrichen. Im Gegensatz zum APUG NRW wird dort konsequent in einem mehrjährigen Prozess die Implementation gesundheitsfördernder Maßnahmen auf lokaler Ebene verfolgt,

vorerst begrenzt auf einige Modellkommunen. Im Vordergrund stehen dabei zum einen der umweltverträgliche und gesundheitsfördernde Verkehr bzw. das Bewegungsverhalten (Fahrrad-Programm, Fitness-Programme in der Modellgemeinde Crans-Montana), zum andern die systematische Optimierung bei der Schaffung und Instandhaltung gesundheitsförderlicher Wohnanlagen (Projekt Überbauung Telli in der Modellgemeinde Aarau).

Bevor die referierten Befunde aus den Experteninterviews und Fokusgruppengesprächen in eine abschließende Bewertung des Projekts APUG NRW einfließen, werden zunächst weitere Ergebnisse der Evaluationsforschung präsentiert. Zum einen handelt es sich dabei um die wichtigsten Befunde der vom Team durchgeführten Dokumentenanalyse des Programms (Kap. 3) und zum andern um die im Sommer 2005 durchgeführte Online-Befragung zum Bekanntheitsgrad von APUG NRW in den kommunalen Gesundheitskonferenzen (Kap. 4).

3. Dokumentenanalyse APUG NRW

3.1 Ziele der Dokumentenanalyse

Neben den Experteninterviews und den Fokusgruppen bildet die Dokumentenanalyse ein weiteres wichtiges methodisches Werkzeug zur Evaluation des APUG NRW. Die Dokumentenanalyse ermöglicht eine strukturierte und vergleichende Untersuchung schriftlicher Materialien anhand vordefinierter Kategorien. Dadurch können Besonderheiten des untersuchten Materials unter formalen wie inhaltlichen Gesichtspunkten leichter erkannt und im Kontext der übrigen Daten der Prozessevaluation interpretiert werden (vgl. Lamnek 2005).

Die Durchführung einer Dokumentenanalyse ist ebenfalls Teil des vom ISC erarbeiteten Methodenkonzeptes zur Evaluation von NEHAPs, wobei die dort vorgeschlagene Untersuchung zentraler Programmdokumente der jeweiligen Nation notwendigerweise auf einer vergleichsweise oberflächlichen Ebene der Materialbearbeitung verbleibt (vgl. Ivanov und Perlstadt 2002). Ihre vorrangige Absicht liegt darin, die Dokumente auf inhaltliche Verknüpfungen zum Aktionsprogramm selbst und auf Zusammenhänge mit der WHO-Charta hin zu untersuchen. In einem Teil des zweiten Zwischenberichts dieses Evaluationsteams (Mai 2004) wurde bereits eine vergleichende Analyse der einzelnen Evaluationen der NEHAPS durchgeführt. Sie zeigte, dass der Beitrag einer nach den Empfehlungen des ISC durchgeführten Dokumentenanalyse zur Evaluation der jeweiligen Programme sehr begrenzt bleibt.

Wir haben uns daher entschieden, die Datenbasis dieses Verfahrens zu erweitern und die aus dem Programm selbst und den Themenfeldern hervorgehenden Veröffentlichungen (Projektberichte, Ratgeber, Flyer, etc.) in die Untersuchung einzubeziehen. Mit dieser Entscheidung wurden Dokumente, welche als Arbeitsunterlagen für die am Programm Beteiligten gedacht waren (v. a. die seit Mai 2005 intern zugänglichen Fachbeiträge zu Umwelt und Gesundheit in NRW sowie Protokolle der Steuerungsgruppe) ausgeschlossen. Vorliegende Pressemeldungen, externe Presseberichte oder Zeitschriftenartikel mit Verweis auf die Veröffentlichungen des APUG NRW wurden dagegen, ohne dass diese einzeln aufgelistet werden, inhaltlich berücksichtigt, um die Verbreitung der Dokumente abzuschätzen.

Mit der nachfolgenden Analyse sind *zwei Zielsetzungen* verbunden. *Erstens* geht es uns darum, die Bedeutung und Wirksamkeit der wesentlichen Dokumente des APUG NRW bei der Verbreitung von Ergebnissen nach vorwiegend formalen Gesichtspunkten vergleichend zu untersuchen (Kap. 3. 3.1). Das methodische Vorgehen hierbei und die Übersicht über die beurteilten Materialien werden nachfolgend erläutert. Das *zweite Ziel* besteht darin, den Stellenwert inhaltlicher Ergebnisse der maßgebenden Dokumente für die Zielerreichung des Programms zu beurteilen (Kap. 3.3.2). Die entsprechende Analyse verfährt selektiv und interpretativ.

Tabelle 3.1: Übersicht der untersuchten Dokumente des APUG NRW³

Nummer	Dokumentenname
1	▪ Flyer APUG NRW (Deutsch)
2	▪ Flyer APUG NRW (English)
3	▪ Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen Teilprojekt: Berechnung der Auswirkungen von technischen emissionsmindernden Maßnahmen bei Kraftfahrzeugen sowie von lokal wirksamen Verkehrslenkungsmaßnahmen auf Straßenverkehrslärm und Schadstoffimmissionen
4	▪ Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen - Teilprojekt: Risikoberechnung zum Einfluss verkehrsbedingter Luftschadstoffe und Straßenverkehrslärm auf die Gesundheit exponierter Personen
5	▪ Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen –Kurzfassung
6	▪ Preventive Health Protection by Exploiting the Reduction Potential with respect to Road Traffic Noise and Air Pollution - Short Version
7	▪ Kommunikationsinhalte und -formen zum Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und Verkehr
8	▪ Verkehr, Umwelt und Gesundheit in der Diskussion - Thesen und Gegenthesen
9	▪ Umweltzeichen für Bauprodukte - Bauprodukte gezielt auswählen - eine Entscheidungshilfe
10	▪ Leitfaden Gesundheitsbewusst Modernisieren - Wohngebäude von 1950 bis 1975
11	▪ Sachstandsermittlung zur Netzwerktechnologie WLAN
12	▪ Sachstandsermittlung zu Information und Kommunikation über Chancen und Risiken neuer Informationstechnologien am Beispiel von WLAN
13	▪ Flyer Funknetztechnik WLAN – Tipps und Informationen
14	▪ Stand der Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinien und Strategien zum umwelt- und gesundheitsverträglicheren Verkehr in den Ballungsräumen in Nordrhein-Westfalen
15	▪ APUG NRW "Stand der Dinge" Juli 2005
16	▪ Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren
17	▪ Analyse aktueller Aktivitäten und Strukturen im Bereich Ernährung

³ Die Dokumente sind alle über die Website des APUG NRW erhältlich. (<http://www.apug.nrw.de/inhalte/dokumente.htm>)

3.2 Methode

Zur Analyse wurden sämtliche Dokumente des APUG NRW herangezogen, welche innerhalb der Themenfelder und der jeweiligen Projekte entstanden sind. Die untersuchten Dokumente sind in Tabelle 3.1 zusammengefasst. Bei der Erreichung der Programmziele des APUG NRW spielen die Veröffentlichungen eine zentrale Rolle. Durch sie erfolgen eine Bestandsaufnahme von Problemlagen sowie die Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten und –empfehlungen. Sie dienen somit als Orientierungshilfe für politische Entscheidungsträger, der breiten Öffentlichkeit sowie einzelner Verbrauchergruppen und sollen zur Schärfung des Bewusstseins über Zusammenhänge der Themen Umwelt und Gesundheit beitragen.

Um trotz der Heterogenität der Materialien eine vergleichende Bewertung vornehmen zu können, ist es erforderlich, einheitliche Kriterien zu deren Analyse festzulegen. Die nachfolgende Tabelle stellt die von uns zugrunde gelegten Kategorien dar.

Tabelle 3.2: Kategorienschema der Dokumentenanalyse

Dimension	Beispielfragen
Ziele des Dokuments	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dient das Dokument der Information / Ratgeber? ▪ Projektbericht für politische Entscheidungsträger?
Zielgruppenorientierung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ An wen richtet sich das Dokument? ▪ Werden Zielgruppen eindeutig angesprochen?
Konkretisierungsgrad	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gibt es konkrete Handlungsanweisungen? ▪ Definierte Ansatzpunkte der Kritik? ▪ Spezifische Änderungs-/Verbesserungsvorschläge
Anwendungsgehalt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Inwiefern lassen sich die Handlungsanweisungen durchführen? ▪ Sind bereits durchgeführte Maßnahmen aus anderen Programmen übertragbar?
Formale Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Format ▪ Grafische Aufarbeitung
Verbreitung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Höhe der Auflage ▪ Verteilungsmodi

Zunächst wird die Zielsetzung des Dokuments erfasst. Hierbei ist z.B. den Fragen nachzugehen, ob das Dokument erstellt wurde, um Informationen zu übermitteln bzw. als Ratgeber zu fungieren, ob es sich um einen Projektbericht handelt, der überwiegend Ergebnisse darlegt oder ob das Dokument darauf ausgerichtet ist, die Kompetenz politischer Entscheidungsträger zu schärfen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Adressaten herauszuarbeiten und eine Beurteilung des Ausmaßes

der Zielgruppenorientierung vorzunehmen. Eine weitere Kategorie umfasst den Konkretisierungsgrad des Dokuments. Dieser soll untersuchen, inwiefern konkrete Handlungsempfehlungen auf der Ebene der Bürger sowie spezifische Vorschläge zu politischem Handeln abgeleitet werden können. Daneben soll geprüft werden, ob die gewonnenen Ergebnisse geeignet sind, die jeweils vorgesehenen Zielgruppen zu erreichen. Zusätzlich wurde der Anwendungsgehalt untersucht. Schließlich interessieren Fragen der graphischen Gestaltung sowie der für die Verbreitung vorgesehenen Gesichtspunkte (z.B. Auflagenhöhe, Verteilungsweg).

3.3 Ergebnisse

3.3.1 Ergebnisse der vergleichend-formalen Analyse

Eine Übersicht der Ergebnisse der Dokumentenanalyse zeigt Tabelle 3.3. Bei der Betrachtung der *Ziele* lassen sich auf den ersten Blick drei Gruppen von Dokumenten unterscheiden. Zum einen existieren Dokumente, welche einen allgemeinen Überblick über Struktur und Arbeitsweise von APUG NRW liefern wollen (Dokumente 1, 2, 15). Die zweite Gruppe bildet informative Ratgeber, die jeweils in den Themenfeldern entstanden sind und zielgruppenspezifische Aufbereitungen von Ergebnissen beinhalten (Dokumente 8, 9, 10, 13). Die dritte Gruppe der untersuchten Dokumente beinhaltet ausführlichere Berichte aus den Projekten bzw. Teilprojekten der Themenfelder (Dokumente 3,4, 5, 6, 7, 11, 12, 14, 16, 17). Entlang dieser drei Gruppen erfolgt die weitere vergleichende Bewertung.

Die *Dokumente zur allgemeinen Information* richten sich an eine breite *Zielgruppe*. Hierbei werden sowohl die allgemeine Öffentlichkeit, wie auch einzelne Verbrauchergruppen, sowie politische Entscheidungsträger angesprochen. Es geht primär darum, zu einer erhöhten Aufmerksamkeit der Programmaktivitäten beizutragen. Der *Konkretisierungsgrad* sowie der *Anwendungsgehalt* sind demzufolge eher gering. *Formal* liegen die beiden ersten Dokumente in Form von handlichen Informations-Flyern vor (Dokument 1,2). Das Dokument „Stand der Dinge“ bietet zusätzlich die Möglichkeit einer weiteren vertiefenden Information und stellt aktuelle Projekte und Entwicklungen innerhalb der einzelnen Themenfelder dar. Es wird periodisch aktualisiert (derzeitige Fassung November 2005) und ist in elektronischer Form im Internet abrufbar. Die graphische Aufbereitung passt sich dem graphischen Gesamtkonzept des APUG NRW an. Der Flyer in deutscher

Sprache besitzt eine Auflage von 15000 Stück, während die englische Auflage 2000 Stück umfasst. Neben der Möglichkeit diese im Internet in elektronischer Form abzurufen bzw. als Druckauflage zu bestellen, erfolgt die Verbreitung zum Großteil über Veranstaltungen (z.B. Foren).

Die Gruppe der Dokumente, die vorwiegend die Funktion des *Ratgebers* einnehmen, richtet sich überwiegend an die allgemeine Öffentlichkeit und einzelne Verbrauchergruppen. Diese Dokumente zeichnen sich durch einen hohen Grad an *Konkretisierung* und *Anwendungsgehalt* aus. Hier liegen greifbare Informationen und Handlungsempfehlungen vor, die das Handeln der Verbraucher und der allgemeinen Öffentlichkeit gezielt beeinflussen sollen. Hierzu zählt innerhalb des Themenfeldes *Gesundes Wohnen* ein Ratgeber, der sich vorwiegend an Verbraucher richtet und Informationen über Umweltzeichen für Bauprodukte enthält (Dokument 10). Weiterhin existiert innerhalb dieses Themenfeldes ein ausführlicher Ratgeber zur gesundheitsbewussten Modernisierung von Wohngebäuden für Baufachleute (Dokument 9). Die Dokumente liegen in mittlerem handlichen (Dokument 9) und großem Format (Dokument 10) vor. Bei der *Verteilung* der Dokumente wurden in Frage kommende Institutionen angesprochen. So wurden insgesamt jeweils 2500 Stück gezielt an Fachhandel, Architektenkammer, Verband des Westdeutschen Baustoff-Fachhandels etc. verteilt. Neben einer Pressemeldung des MUNLV im Januar 2005 wurde ebenso innerhalb des Umweltmedizinischen Informationsdienst auf Bundesebene auf beide Dokumente hingewiesen. Ein hoher *Konkretisierungsgrad* und *Anwendungsgehalt* findet sich auch in der Broschüre des Themenfeldes *Verkehr wieder* (Dokument 8). Mit Erfolg konnten hier die aus den detaillierten Projektberichten gewonnenen Erkenntnisse verständlich aufgearbeitet und zugänglich gemacht werden.⁴ Die Broschüre wurde an alle Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte verteilt und ist ebenso im Internet abrufbar. Eine Pressemitteilung des MUNLV im November 2004 im Zusammenhang mit dem 2. Forum wies zusätzlich auf die Broschüre hin und konnte ein breites Presseecho in regionalen Tageszeitungen erzielen (u.a. Westfälische Nachrichten, Kölner Stadtanzeiger und Westdeutsche Allgemeine).

⁴ Ein Bürgerratgeber wird momentan innerhalb des Themenfeldes ‚Gesundes Wohnen‘ erstellt. Er fasst die wesentlichen Ergebnisse des Leitfadens ‚Gesundheitsbewusst Modernisieren‘ zielgruppengerecht zusammen.

Alle drei bisher genannten Ratgeber haben eine Druckauflage von 8000 Stück und stehen graphisch in Bezug zu den übrigen Dokumenten des APUG NRW. Im äußeren Erscheinungsbild unterscheiden sich die Dokumente neben dem *Format* lediglich in ihrem Titel. Ebenso dem Typus Ratgeber wurde der Flyer zur Funktechnik WLAN zugeordnet (Dokument 13). In knapper und stichhaltiger Form werden der allgemeinen Öffentlichkeit Informationen zur Funktechnik WLAN vermittelt. Daneben werden Handlungsempfehlungen gegeben, die eine gesundheitliche Gefährdung durch Funktechnik für den Bürger vermeiden sollen. Mit einer *Auflage* von 35000 Stück ist dieser Flyer bei weitem das auflagenstärkste Dokument. Die Verbreitung findet insbesondere innerhalb staatlicher Institutionen und auf Ebene der Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte statt (jeweils über 8000 Stück). Ferner berichtete eine Pressemitteilung im November 2004 über den Flyer. Hinsichtlich der graphischen Gestaltung existieren allerdings Abweichungen von den übrigen Dokumenten des APUG NRW. Eine klare Zuordnung zu dem Aktionsprogramm ist daher nur begrenzt möglich.

Ausführliche *Berichte*, die allesamt in großem Format vorliegen, bilden die letzte Gruppe der untersuchten Dokumente. *Zielgruppe* sind hier überwiegend politische Entscheidungsträger sowie interessierte Verbraucher. Die Mehrzahl der Dokumente stammt hierbei aus dem Themenfeld Verkehr. Aufbauend auf lokalen Fallstudien in NRW und deren Ergebnissen (Dokument 3) werden mögliche Auswirkungen von verkehrsbedingten Luftschadstoffen und Straßenverkehrslärm aufgezeigt (Dokument 4). Beide Berichte wurden in Zusammenarbeit mit dem Städtetag Nordrhein-Westfalen verfasst. In einer Pressemitteilung vom Februar 2004 wurde auf beide Studien hingewiesen. Ebenso wurde im Frühjahr 2005 innerhalb der Fachzeitschrift PLANERIN der Vereinigung für Stadt-, Regional und Landesplanung (SRL) sowie des Magazins des BUND (BUNDmagazin) über die Ergebnisse berichtet.

Zwei weitere Dokumente des Themenfeldes fassen diese Ergebnisse in deutscher (Dokument 5) und englischer Sprache (Dokument 6) zusammen und geben greifbare Empfehlungen zur Verbesserung der Luftqualität. Ein weiterer Projektbericht informiert zusätzlich über derzeitige Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinien in NRW (Dokument 14). Während die ersten vier Berichte aus dem Themenfeld Verkehr eine *Auflage* von 1000-3000 Stück haben und sich formal APUG NRW zuordnen lassen, liegt der Bericht zur Umsetzung der EU-Richtlinien ausschließlich in elektronischer Form vor und erlaubt äußerlich keine Zuordnung zu

APUG NRW. Neben diesen Dokumenten liegt auch ein Bericht vor, der die Möglichkeit von Kampagnen untersucht. Von den drei Vorschlägen für die Landesebene von Kampagnen wurden bereits zwei aufgegriffen und umgesetzt (Landeswettbewerb GesundMobil; Dokument 8).

Die Verbreitung der Dokumente erfolgt beispielsweise über die Verteilung auf Veranstaltungen (z.B. APUG NRW Foren) sowie auf Anfrage über das Internet. Hierbei sei zu erwähnen, dass die Nutzung der Internetseiten des APUG NRW im ersten Halbjahr 2005 stetig zugenommen hat und somit eine verstärkte Abfrage der elektronischen Version aller Dokumente angenommen werden kann. Darüber zeigte sich auch, dass zunehmend Bestellungen der Materialien von interessierten Bürgern erfolgten.

Aus ihrer einheitlichen graphischen Gestaltung und ihrem engen thematischen Bezug lässt sich folgern, dass die Berichte im Themenfeld Verkehr und die durchgeführten Projekte in einer engen wechselseitigen Beziehung stehen und aufeinander aufbauen. Der *Anwendungsgehalt* und der *Konkretisierungsgrad* der Dokumente sind hier insgesamt als hoch einzuschätzen.

Im Themenfeld Dialogstrukturen im umweltbezogenen Gesundheitsschutz liegen insgesamt drei Berichte vor: zwei umfangreiche Berichte aus Projekten zur Funktechnik WLAN (Dokumente 11 und 12) und ein Bericht des DIFU Köln über Möglichkeiten einer integrierten Durchführung von Planungsverfahren auf kommunaler Ebene unter Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsaspekten (Dokument 16). Bei den Berichten zu WLAN werden zum einen Risiken der Funktechnik untersucht (Dokument 11) und zum anderen die Informationslage in der Öffentlichkeit (Dokument 12) analysiert. Es werden hierbei zugleich Empfehlungen für eine zielgruppenspezifische Aufklärungsarbeit gegeben. Hieraus ist der Informations-Flyer hervorgegangen. Eine Zusammenfassung der erzielten Ergebnisse aus dem ersten Bericht (Dokument 11), ähnlich wie dies für den Bereich Verkehr erfolgt ist, wird hier nicht gegeben. Beide Berichte zur Funktechnik haben jeweils eine Auflage von 1000.

Vor dem Hintergrund lokaler Fallstudien gibt der dritte Bericht (Dokument 16) konkrete Anregungen für die Zusammenarbeit von Umwelt- und Gesundheitsverwaltungen auf kommunaler Ebene (Auflage: 1000 Stück). Hierbei spielt die Berücksichtigung kommunaler Strukturen bei Planungsverfahren eine bedeutsame Rolle. Es werden Möglichkeiten und Vorteile einer gemeinsamen

Behandlung auf lokaler Ebene aufgezeigt. Der *Anwendungsgehalt* sowie der *Konkretisierungsgrad* dieses Berichts müssen als ausgesprochen hoch bewertet werden. Zu seiner Beachtung und Verbreitung dürfte u.a. auch die Erwähnung im Eildienst des Landkreistages Nordrhein-Westfalen (Oktober 2005) und des Städtetags Nordrhein-Westfalen (November 2005) beitragen. Dieser Bericht sowie das ihm zugrunde liegende Projekt, erscheinen als vorbildliches Beispiel einer lokalen Verortung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes (s. Kap. 3.3.2).

Ein weiterer Bericht (Dokument 17) bezieht sich schließlich auf das Thema Ernährung. Da dieses Thema zwischenzeitlich organisatorisch aus dem Aktionsprogramm ausgegliedert worden ist, wird der Bericht, der im übrigen eine nützliche Basis für die in dem neuen Referat durchzuführenden Aktivitäten bildet, hier nicht weiter untersucht.

Zusammenfassend ist es APUG NRW gelungen, in quantitativer und qualitativer Sicht eine überzeugende Informationsbasis zur Problemanalyse sowie zur Diffusion von Erkenntnissen zu schaffen. Dies ist am besten im Bereich Verkehr gelungen, wo die Verbreitung der Ergebnisse zusätzlich durch Pressemitteilungen und ein vergleichsweise breites Presseecho gefördert werden konnte. In Anbetracht der hohen politischen Bedeutung dieser Thematik ist dies als besondere Leistung von APUG NRW zu bewerten.

Wichtige Ansätze zu einer integrierten Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit konnten aus Sicht der Evaluation ebenso im Themenfeld Gesundes Wohnen erarbeitet werden. So gingen aus der Arbeit in diesem Themenfeld Ratgeber hervor, die Empfehlungen zur gesundheitsbewussten Modernisierung sowie zur umwelt- und gesundheitsbewussten Auswahl von Baustoffen geben. Bei der Ausrichtung und Verteilung wurden im ersten Fall bestimmte Professionsgruppen (v.a. Baufachhandel, Architektenkammer etc.) gezielt angesprochen.

Wie eine integrierte Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit bei kommunalen Planungsverfahren in der kommunalen Zusammenarbeit konkret realisiert werden und in kommunalpolitische Entscheidungen einfließen kann, hat ein entsprechender Bericht im Bereich Dialogstrukturen im umweltbezogenen Gesundheitsschutz vorbildlich demonstriert.

- Aus Sicht der Evaluation empfiehlt es sich, das bisher von APUG NRW praktizierte zweigleisige Vorgehen der Erstellung wissenschaftlicher Gutachten und der Erarbeitung breitgestreuter Informationen bzw. Empfehlungen beizubehalten und entsprechende Materialien, wo möglich, noch besser wichtigen Zielgruppen des Programms zugänglich zu machen. Es wäre hilfreich, ein zu diesem Zweck entwickeltes Kommunikations- bzw. Medienkonzept verfügbar zu haben, sowie in die graphische Gestaltung der Dokumente zum Zweck weiterer Verbreitung zusätzliche Entwicklungsarbeit zu investieren.

Tabelle 3.3: Übersicht der Ergebnisse der Dokumentenanalyse

Dimensionen	Nummer des Dokuments (siehe Tabelle 2)																
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
<i>Ziel des Dokuments</i>																	
▪ Ratgeber	-	-	-	-	-	-	-	√	√	√	-	-	√	-	-	-	-
▪ Kurzinformation	√	√	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	√	-	-
▪ Bericht	-	-	√	√	√	√	√	-	-	-	√	√	-	√	-	√	√
<i>Zielgruppe</i>																	
▪ Allgemeine Öffentlichkeit / Verbraucher	√	-	-	-	-	-	-	√	√	√	-	-	√	-	√	-	-
▪ Entscheidungsträger	√	√	√	√	√	√	√	-	-	-	√	-	-	√	√	√	√
▪ Keine eindeutige Zielgruppe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	√	-	-	-	-	-
<i>Konkretisierungsgrad</i>																	
▪ Hoch	-	-	√	√	√	√	√	√	√	√	-	√	-	√	-	√	-
▪ Mittel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	√	-	√	-	-	-	-
▪ Niedrig	√	√	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	√	-	√
<i>Anwendungsgehalt</i>																	
▪ Möglichkeiten zur Umsetzung	-	-	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	-	√	√
<i>Formale Aspekte</i>																	
▪ Format*	x	x	xxx	xxx	xxx	xxx	xxx	xx	xx	xxx	xxx	xxx	x	xxx	xxx	xxx	xxx
▪ APUG NRW Wiedererkennungswert	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	-	-	√	√	-
<i>Verbreitung</i>																	
▪ Druckauflage	15.000	2.000	2.000	2.000	3.000	1.000	2.000	8.000	8.000	8.000	1000	1000	35.000	-	-	1000	-
▪ Internet	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√	√

* x= Flyer, xx=DIN A5 Format, xxx=DIN A4 Format

3.3.2 Ergebnisse der programmbezogenen Inhaltsanalyse

In diesem Abschnitt werden *zwei zentrale Bereiche von Programmaktivitäten* unter den Aspekten der Wissensproduktion und der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes *zusammenfassend beurteilt: Verkehr und Wohnen*. Abschließend wird ein *dritter Bereich* diskutiert, der geeignet ist, die bisherigen Bemühungen weiter zu fokussieren und in *gesundheitspolitisch relevanter Weise zu integrieren: sozial-ökologische Benachteiligung*.

Verkehr und Gesundheit

Zur Abschätzung der *gesundheitlichen Auswirkungen von Luftschadstoffen und Straßenverkehrslärm bei exponierten Bevölkerungsgruppen* wurde im Rahmen des APUG NRW ein Bericht erstellt, der zu einer evidenzbasierten Prognose von Auswirkungen entsprechender Minderungspotentiale auf den Gesundheitszustand beitragen sollte (*Dokument 4*).

Bezüglich der Belastung mit Feinstaub, NO₂ und Benzol wurden für ausgewählte Straßenzüge in den drei Städten Hagen, Bonn und Düsseldorf Jahresmittelwerte zugrunde gelegt. Entsprechende Daten zentraler Messstationen werden als aussagekräftig erachtet, da sie einen relevanten Teil der Exposition der entsprechenden Wohnbevölkerung abzuschätzen gestatten. Analoge Berechnungen beziehen sich auf die Lärmbelastung durch Verkehr.

Auf der Basis einer Synopse von Ergebnissen aus internationalen epidemiologischen Studien werden relative Risiken der Gesamtmortalität, der kardiopulmonalen Mortalität und der Mortalität an Bronchialkarzinomen ermittelt, wobei eine eindeutige Trennung der Effekte von PM₁₀ und NO₂ aufgrund ihrer hohen Korrelation erschwert ist. Weitere Risikoberechnungen beziehen sich auf Krankenhausaufnahmen von Patienten mit koronarer Herzkrankheit, auf Bronchialerkrankungen insbesondere bei Schulkindern sowie, im Fall chronischer Benzolexposition, auf Leukämie-Inzidenz.

Im Bericht wird geschlossen, dass zwischen erhöhter Partikelexposition und kardiopulmonaler Morbidität bzw. Mortalität sowie Gesamtmortalität ein belastbarer Zusammenhang besteht, der präventive Maßnahmen erforderlich macht. Bezüglich gesundheitlicher Folgen von Verkehrslärm gibt es auch in Deutschland nachgewiesene Anhaltspunkte für eine leicht gesteigerte Herz-Kreislauf- Morbidität.

Die Autoren des Berichts legen die aus epidemiologischen Studien ermittelten Erträge der Exzessmortalität und –morbidity aufgrund der erwähnten Noxen den modellartig berechneten Risikoabschätzungen in den drei großstädtischen Regionen zugrunde. Aus bestimmten Szenarien *präventiver (d.h. technischer und verkehrsplanerischer) Maßnahmen* wird schließlich der Ertrag bezüglich einer Senkung von Morbidity und Mortality abgeschätzt.

Die *Beschreibung und Begründung dieser Maßnahmen* erfolgt in einem weiteren durch APUG NRW initiierten, fundierten Projektbericht (*Dokument 3*), dessen zusammenfassende Maßnahmenbewertung zu dem Ergebnis gelangt, dass fahrzeugseitige Schadstoffemissionen am wirkungsvollsten durch technische Verbesserungen (Partikelfilter) zu reduzieren sind, dass jedoch lokale und gesamtstädtische verkehrsplanerische bzw. verkehrslenkende Maßnahmen im Verein mit rechtlichen Vorschriften und deren verstärkter Durchsetzung zusätzlich erforderlich sind, um relevante und nachhaltige Verbesserungen zu erzielen.

An diesem Punkt setzt ein dritter Bericht an (*Dokument 7*), dessen Zielsetzung darin besteht, Hinweise zu den die präventiven Maßnahmen auf administrativer Ebene *ergänzenden Kampagnen und Projekten auf kommunaler und überregionaler Ebene* zu geben. Diese Hinweise werden aus einer breitgefächerten Problemanalyse (S. 47-57) hergeleitet und in Hinblick auf ihre Wirkungen bzw. Erfolgchancen beurteilt. Dabei werden exemplarische Kampagnen aus dem In- und Ausland dargestellt, deren ‚Erfolgsrezepte‘ analysiert werden, um daraus konkrete Vorschläge für Kampagneninhalte und –formen im Rahmen des APUG NRW und darüber hinaus zu entwickeln.

Schließlich wird in einem vierten Bericht (*Dokument 14*) der gegenwärtige Stand der *Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinien* (v.a. neue Grenzwerte für PM₁₀ ab 01. 01. 2005) analysiert, und es werden Strategien zu umwelt- und gesundheitsverträglicherem Verkehr in Ballungsräumen erörtert, mit besonderer Betonung von Luftreinhalteplänen und von Maßnahmen längerfristiger Reduzierung des motorisierten Verkehrs.

Ergebnis der Inhaltsanalyse (1) Zusammenfassend müssen die im Rahmen des Arbeitskreises Verkehr von APUG NRW bearbeiteten und in Form von Aktionen, Empfehlungen und medialen Kampagnen umgesetzten Ergebnisse der Projekte bzw. der durch sie geschaffenen

Evidenzlage aus Sicht der Evaluation als ausgesprochen zielführend und Erfolg versprechend beurteilt werden. Die Qualität und Intensität der erarbeiteten Dokumente ist überdurchschnittlich und erfüllt großenteils auch internationale Vergleichsstandards. Die Fülle konkreter Aktivitäten und ihre zeitliche Platzierung (z.B. Inkrafttreten der EU-Luftqualitätsrichtlinien) durch den Arbeitskreis bzw. die Steuerungsgruppe von APUG NRW sind beeindruckend. Sie betreffen sowohl die lokale Ebene (Wirksamkeit stadtplanerischer Maßnahmen auf Umwelt und Gesundheit, in Zusammenarbeit mit der Stadt Bottrop; z.Z. laufend; Prävention von Kinderunfällen, in Zusammenarbeit mit der Universität Dortmund; z.Z. in Planung) als auch die Landesebene (Landeswettbewerb GesundMobil 2005, bereits erfolgreich abgeschlossen). Pilotprojekte („Betriebliches Mobilitätsmanagement“ (z.Z. in Planung)) ergänzen das Spektrum, ebenso wie die in Zusammenarbeit mit dem Städtetag NRW und der Stadt Bonn entwickelte Broschüre zum Thema ‚Verkehr, Umwelt und Gesundheit‘ (Dokument 8). Nicht zu unterschätzen, jedoch durch die Evaluation nicht beurteilbar dürfte der Gewinn der nunmehr breit gestreuten Expertisen für die Mitarbeiter der lokalen Verkehrs- und Umweltbehörden sein, deren Kenntnisstand, Problemwahrnehmungs- und –Problemlösungskompetenz dadurch erheblich gesteigert werden kann.

Wohnen und Gesundheit

Das Themenfeld ‚Gesundes Wohnen‘ wurde zunächst auf die von Wohnräumen ausgehenden Gesundheitsgefahren ausgerichtet. Besonderes Gewicht wurde auf *Baumaterialien* gelegt, die u. U. gefährliche Inhaltsstoffe enthalten. Der empirische Nachweis gesundheitlicher Folgen entsprechender Emissionen stand hierbei weniger im Vordergrund als die Erarbeitung praktischer Empfehlungen, die an zwei unterschiedliche Zielgruppen adressiert sind: zum einen an die an aufklärender Information interessierte breite Öffentlichkeit (Wohnbevölkerung), zum andern an Baufachleute, die professionell mit dem Modernisieren von Wohnungen bzw. dem Instandsetzen von Altbauten befasst sind.

Im *Dokument 9* werden *Umweltzeichen bei Bauprodukten* analysiert und die spezifischen Qualitäts-, Umwelt- und Gesundheitskriterien dargestellt. Diese praktische Anleitung ist in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk für umweltverträgliche Baustoffe und Bauprodukte und der Verbraucherzentrale NRW entwickelt worden. Wesentlich umfassender wurde das *Dokument 10* konzipiert. Es soll Planungsbeteiligten und Ausführenden Hinweise geben, in welchen Bauteilen mit Schadstoffen (z.B. Asbest, künstliche Mineralstoffe, PCB, Holzschutzmittel, Schimmelpilze) zu rechnen ist, wie diese erkannt und vermieden werden können und auf welche Probleme und Tatbestände bei *gesundheitgerechtem Modernisieren* zu achten ist. Die als Leitfaden verfasste Expertise besitzt einen hohen Anwendungsbezug, da sie einerseits nach Schadstoffen, andererseits nach Bauteilen gegliedert ist und gezielte Hinweise zur Minimierung bzw. Vermeidung der Schadstoffbelastung in Wohngebäuden enthält. Umso wichtiger wäre eine Verbreitung entsprechender Kenntnisse über professionelle Fachgruppen hinaus. Daher ist die Erstellung eines z.Z. in Vorbereitung befindlichen Bürgerratgebers zu begrüßen.

In gewisser Nähe zur Thematik umwelt- und gesundheitsverträglichen Wohnens befindet sich eine weitere Expertise (*Dokumente 11 und 12*), die sich mit der *Funknetztechnik WLAN* befasst, die u.a. zunehmend auch in Privathaushalten im Wohnbereich zum Einsatz gelangt. Die gesundheitsschädigenden Auswirkungen elektromagnetischer Wellen sind Gegenstand umfangreicher internationaler epidemiologischer und experimenteller Forschung, deren Befunde gegenwärtig inkonsistent sind und daher keine eindeutige Gefährdungsbeurteilung (speziell bezüglich schwerer Erkrankungen wie maligner Neubildungen) erlauben. Dennoch empfiehlt sich als Vorsichtsmaßnahme ein kontrollierter Umgang mit entsprechend mobilen Kommunikationsmedien und eine darauf bezogene Aufklärungsarbeit. In diesem Zusammenhang hat APUG NRW den breitgestreuten Flyer ‚Funknetztechnik WLAN: Tipps und Informationen‘ (*Dokument 13*) entwickelt, der vom Arbeitskreis ‚Dialogstrukturen im umweltbezogenen Gesundheitsschutz‘ angeregt wurde. Unter den vielen Anregungen des 2. *Forums* befand sich auch der Vorschlag, ein weiteres, die Verkehrs- und Wohnsituation verbindendes Projekt anzustoßen, nämlich eine Analyse kommunaler Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in kommunalen Planungsverfahren (*Dokument 16*). Ihm

sind verschiedene hilfreiche Anregungen zur Optimierung dieser Zusammenarbeit zu entnehmen.

Ergebnis der Inhaltsanalyse (2) Zusammenfassend können die erarbeiteten Dokumente als nützliche Beiträge zur Umsetzung von Maßnahmen bewertet werden, die der Verbesserung gesunden Wohnens (bisher begrenzt auf Wohninnenräume) dienen. Im Vergleich zu den auf die Verkehrsbelastung bezogenen Dokumenten und den daraus abgeleiteten Programmaktivitäten könnten sie allerdings noch weiter konkretisiert werden, so dass ihr Beitrag zur Minderung von Gesundheitsgefährdungen in der Bevölkerung noch gezielter abschätzbar wird. Dies dürfte gut erreichbar sein, wenn, wie geplant, das Wohnumfeld in Zukunft stärker in den Vordergrund der Programmarbeit gerückt wird.

Sozial-ökologische Benachteiligung und Gesundheit

Bereits in der Analyse zum Zusammenhang von Verkehrsbelastung und gesundheitlichen Risiken wird zitiert, dass Gegenden mit hohen Immissionen typischerweise von Personen bewohnt werden, die ein niedriges durchschnittliches Einkommen bzw. einen niedrigen Bildungsgrad aufweisen (s. Dokument 4, S.17). Aus der internationalen sozialepidemiologischen Forschung ist bekannt, dass niedriger sozioökonomischer Status vermutlich die stärkste einzelne Determinante vorzeitiger Mortalität sowie einer erhöhten Krankheitslast darstellt (Siegrist & Marmot, 2006). Nach vorliegenden Befunden trifft dies auch für Deutschland zu (Mielck, 2000). Dementsprechend stellt *die Kumulation ökonomischer, psychosozialer, verhaltensbezogener und ökologischer Risiken bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen, insbesondere in urbanen Ballungsräumen*, eine große Herausforderung der Gesundheits- und Umweltpolitik, und somit auch des APUG NRW, dar.

Zur *genaueren Charakterisierung entsprechender Risikogruppen* ist eine Vorgehensweise angezeigt, welche die Ebene der Aggregatdaten (d.h. der auf räumliche Merkmale bezogenen Daten) mit der Ebene personenbezogener Daten (z.B. Einkommen, Erwerbsstatus, Bildungsgrad, Nationalität) kombiniert (sog. Mehrebenenanalyse). Auf diese Weise lassen sich, speziell in urbanen

Ballungsräumen, Bevölkerungsgruppen identifizieren, welche durch eine sozial-ökologische Benachteiligung gekennzeichnet sind. Entsprechende Kenntnisse bilden eine wichtige Voraussetzung für die Planung und Konkretisierung zielgruppenorientierter Interventionen, mit deren Hilfe ‚Umweltgerechtigkeit‘ erhöht bzw. soziale Chancenungleichheit vermindert werden soll.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist bereits mit der Auswertung umweltmedizinischer Daten in Dortmund, Duisburg und Borken durch eine Forschergruppe des Universitätsklinikums Essen, in Zusammenarbeit mit dem Landesumweltamt, unternommen worden. Weitere z.Z. an Universitäten des Landes zu der Thematik laufende Forschungsprojekte könnten hier in Zukunft einbezogen werden. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass auch die Unfallgefährdung (sowohl häusliche wie Verkehrsunfälle) in diesen Gruppen erhöht ist, ebenso die Exposition gegenüber gesundheitsgefährdenden Wohnbedingungen (z.B. Kumulation von Schadstoffwirkungen durch Baumaterialien und durch Passivrauchen).

Ergebnis der Inhaltsanalyse (3) Als integrierende, die bisherige Arbeit weiter fokussierende und den gesundheitspolitischen Bezug stärkende Vorgehensweise bietet sich eine qualifizierte Befassung mit der Thematik ‚sozial-ökologische Benachteiligung in urbanen Ballungsräumen‘ an. Sie ermöglicht Synergieeffekte der in den Arbeitskreisen Verkehr, Gesundes Wohnen und Dialogstrukturen entwickelten Expertise und eröffnet einen umgrenzten, damit konkret zu bearbeitenden Zugang zu Problemen der ‚Umweltgerechtigkeit‘ angesichts sozial ungleich verteilter umweltbedingter Erkrankungsrisiken in der Bevölkerung.

4. Online Umfrage bei den Kommunalen Gesundheitskonferenzen

4.1 Zielsetzung der Umfrage

Innerhalb der ersten Experteninterviews mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe zeigte sich, dass APUG NRW mit Erfolg zu einer Schärfung des gemeinsamen Problembewusstseins bei der Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit auf Landesebene beitragen konnte. Hingegen erlaubten die Interviews keine erschöpfende Untersuchung des Bekanntheitsgrads und der Wirkung des Programms auf Ebene der Kommunen sowie der Bürger. Aufgrund des landesspezifischen Charakters des Programms stellt gerade die lokale Verortung ein wichtiges Merkmal des APUG NRW dar. Sie bietet gegenüber anderen Aktivitäten (Bsp. Bundes APUG) die Möglichkeit, konkret werden zu können. Hierbei erscheint es wichtig auf etwaige vorhandene Ressourcen zurückzugreifen und somit an bestehende Strukturen anzuknüpfen.⁵ Vor diesem Hintergrund wurde zusätzlich eine Online-Umfrage mit den Geschäftsstellenleitern der 54 kommunalen Gesundheitskonferenzen (KGK) durchgeführt. Die KGK vereinigen in NRW die örtlichen Vertreter verschiedener Einrichtungen des Gesundheitswesens und dienen der Kommunikation und Koordination, um die gesundheitliche Versorgung vor Ort zu verbessern. Die Versorgung zu optimieren, schließt ebenso die Koordination umweltmedizinischer Fragen (§ 23 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) vom 25.11.1997) ein.

Das Ziel der Umfrage war es zu untersuchen, ob und wodurch APUG NRW den Geschäftsstellenleitern bekannt ist und welchen Stellenwert APUG NRW bei der örtlichen Arbeit hat. Darüber hinaus galt es zu prüfen, inwiefern und anhand welcher Themen eine gemeinsame Behandlung der Bereiche Umwelt und Gesundheit stattfindet. Zentrale Aspekte der Umfrage waren demnach:

⁵ Zur Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in die Lokale Agenda 21 siehe Böhme et al. (2005).

- (1) Bekanntheit APUG NRW (Wodurch ? / Welche Bedeutung?)
- (2) Erfahren Umwelt und Gesundheitsaspekte innerhalb der kommunalen Gesundheitskonferenzen eine gemeinsame Behandlung?
- (3) Nutzung der APUG NRW-Publikationen (Internet, Broschüren etc.)

Der Fragebogen wurde möglichst kurz gehalten (insgesamt neun Fragen; siehe Anhang D), um eine schnelle Beantwortung der Umfrage zu erlauben. Unter einer bestimmten Internetadresse war der Fragebogen im Internet erreichbar.

Die Einladung der Geschäftsstellenleiter zur Beantwortung des Fragebogens im Internet erfolgte auf unterschiedliche Art und Weise. Einerseits wurde Ende Juli (29.07.05) und September (29.09.05) eine Einladung inklusive der Internetadresse des Fragebogens über den monatlichen Newsletter des „InfoServers“ (<http://www.oko.nrw.de>) der KGK versendet. Der Newsletter richtet sich an alle Geschäftsstellenleiter und dient hierbei als Kommunikationsplattform zum Austausch von wichtigen Informationen, Materialien, Daten und Werkzeugen. Daneben wurden die Geschäftsstellenleiter direkt per E-Mail anhand einer vorliegenden Adressenliste eingeladen (05.09.05). Gleichzeitig wurde auf der Klausurtagung der Geschäftsstellenleiter der KGK in Beckum (12./13.09.05) auf die Umfrage hingewiesen.

4.2 Ergebnisse

Die persönliche Einladung per E-Mail konnte die Ausschöpfungsquote am stärksten erhöhen. So nahmen in den Folgetagen der Einladung über die Hälfte der Befragten teil. Weiterhin zeigte sich eine erhöhte Teilnahme nach der Klausurtagung vom 12./13.09.05. Insgesamt nahmen 43 Personen an der Umfrage teil. Bezogen auf die 54 KGK erscheint dies als eine relativ hohe Teilnehmerzahl. 26 von 43 der Befragten gaben an, APUG NRW zu kennen. Hierbei nannte der Großteil, dass Sie APUG NRW durch die Vorstellung des Programms auf unterschiedlichen Veranstaltungen kennen (z.B. Klausurtagung der KGK, Forum).

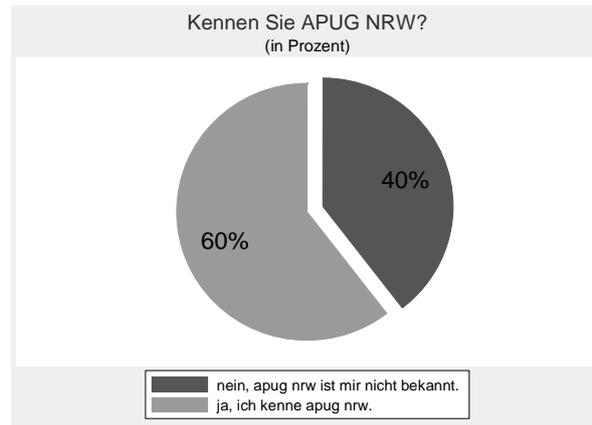


Abbildung 4.1: Kenntnis von APUG NRW

Obwohl APUG NRW nicht von allen, als wichtig für die eigene Arbeit bewertet wurde (58%), empfanden nahezu alle (90%) Befragten APUG NRW im Allgemeinen als wichtig.

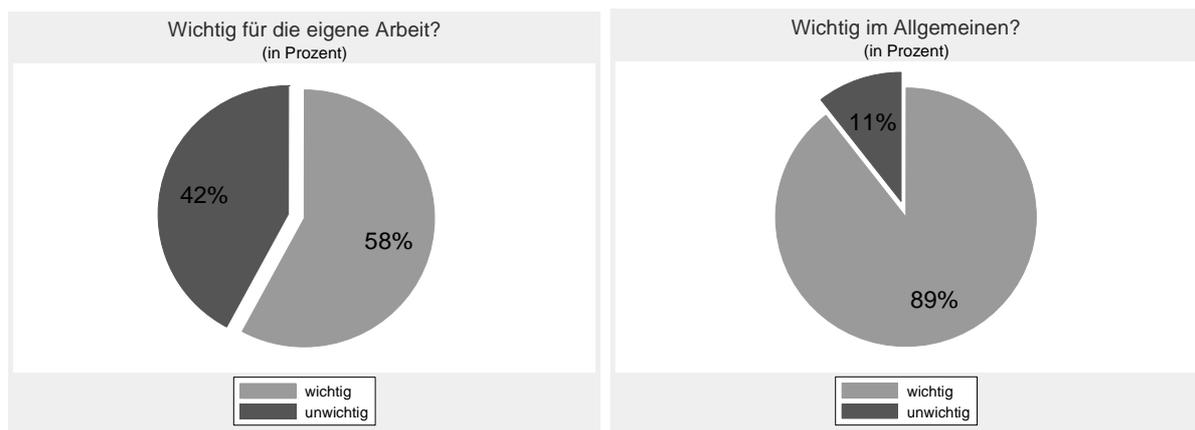


Abbildung 4.2: Wichtigkeit von APUG NRW (für die eigene Arbeit / Allgemein)

Mit Bezug auf eine integrierte Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit wurde von der Mehrheit der Befragten angegeben, dass eine gemeinsame Behandlung auf örtlicher Ebene nicht stattfindet und auch nicht für die Zukunft geplant sei. Eine genaue Erhebung der einzelnen Themen, die eine gemeinsame Behandlung erfahren, war somit nicht möglich.

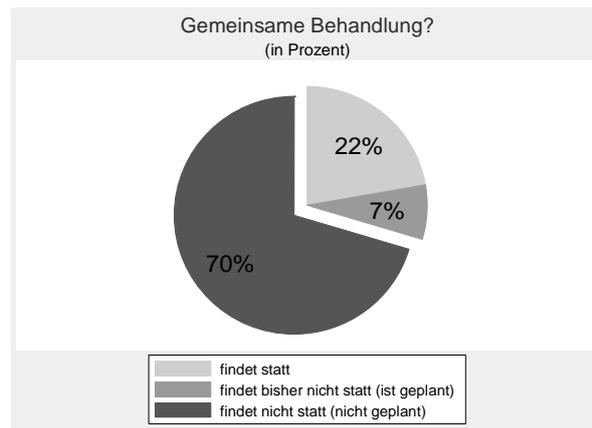


Abbildung 4.3: Gemeinsame Behandlung

Unterschiede hinsichtlich der Programmkenntnis (kenne APUG NRW/ kenne nicht APUG NRW) waren hierbei nicht festzustellen. Somit erscheint die gemeinsame Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit unabhängig von der Kenntnis des Programms.

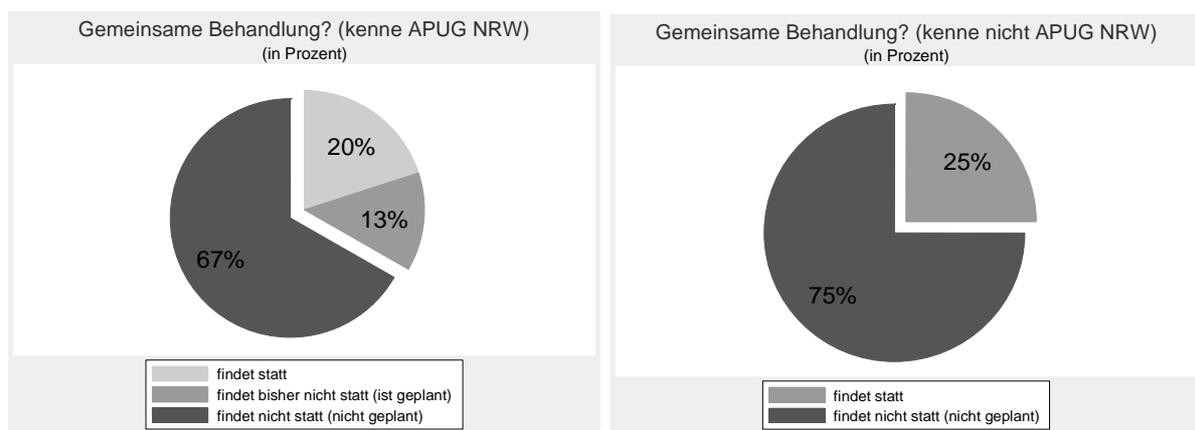


Abbildung 4.4: Gemeinsame Behandlung (getrennt nach Kenntnis von APUG NRW)

Insbesondere im Hinblick auf die bewertete allgemeine Wichtigkeit von APUG NRW erscheint hier ein vorhandenes Potenzial und eine Bereitschaft Umwelt- und Gesundheitsthemen gemeinsam zu behandeln. Hinsichtlich der Broschüren war aufgrund der niedrigen Fallzahl keine eindeutige Aussage zu treffen. Tendenziell konnte jedoch festgestellt werden, dass insbesondere die Beiträge im Themenfeld Verkehr über Bekanntheit verfügten und als hilfreich für die eigene Arbeit bewertet wurden.

4.3 Zusammenfassung

Ziel der Umfrage war es, den *Bekanntheitsgrad von APUG NRW* innerhalb der KGK zu untersuchen, um Möglichkeiten einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit aufzudecken und die Mobilisierung lokaler Vertreter zu optimieren. Darüber hinaus wurde erhoben, inwiefern und anhand welcher Themen Umwelt und Gesundheit eine gemeinsame Behandlung auf Ebene der KGK erfahren, um gegenwärtiges Potenzial für eine zukünftige integrierte Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit aufzuzeigen.

Hinsichtlich des Bekanntheitsgrads zeigte es sich, dass insbesondere über aktive Außenkommunikation (Vorträge, Veranstaltungen, etc.) APUG NRW eine erhöhte Bekanntheit unter den Geschäftsstellenleitern der KGK erlangen konnte. In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich, die lokale Ebene weiterhin nicht primär durch die Verteilung von Broschüren oder Projektberichten anzusprechen, sondern ausdrücklich direkt die örtlichen Verantwortlichen durch aktive Öffentlichkeitsarbeit anzusprechen und über APUG NRW zu informieren.

In Bezug auf eine gemeinsame Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit in den KGK konnte keine allgemeine Verbreitung aufgezeigt werden. Dennoch zeigte sich, dass der integrierte Ansatz allgemein als wichtig empfunden wird. In diesem Zusammenhang ist Bereitschaft und Potenzial für eine gemeinsame Behandlung zu erwarten. Es empfiehlt sich demnach, über die Öffentlichkeitsarbeit konkrete Anwendungsgebiete und Beispiele einer erfolgreichen lokalen gemeinsamen Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit darzustellen (Bsp. Projekt: Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren).

5. Bewertung des APUG NRW und Empfehlungen

Der Evaluation des APUG NRW kommt die Aufgabe zu, die im Berichtszeitraum anhand von Methoden der empirischen Sozialforschung dokumentierten Prozesse der Programmarbeit zu analysieren und im Sinne eines entwicklungs- und managementorientierten Vorgehens an die Beteiligten zum Zweck der weiteren Optimierung zurückzuspielen (Prozessevaluation). Bei dieser Analyse sind die politischen, finanziellen und organisatorisch-strukturellen Ausgangsbedingungen und deren Veränderung im Zeitverlauf (Strukturevaluation) ebenso zu berücksichtigen wie die Fortschritte bei der Erreichung von Programmzielen (Ergebnisevaluation).

Obwohl das Zeitfenster der extern durchgeführten Evaluation (Oktober 2004 bis November 2005) begrenzt war, konnten vielfältige Einsichten in die Arbeitsweise und die Arbeitsergebnisse von APUG NRW gewonnen werden, deren wichtigste nachfolgend einer *systematischen Bewertung* unterzogen werden. Aus dieser Bewertung ergeben sich konkrete *Empfehlungen*, die aus Sicht der Evaluation den weiteren Erfolg der Programmarbeit zu sichern helfen.

Strukturelle Rahmenbedingungen

Die *strukturellen Voraussetzungen der Programmimplementierung* im Jahr 2000 waren insgesamt günstig. Das Anliegen des Programms wurde durch die damalige Regierung klar unterstützt. Intensive Vorarbeiten der nachgeordneten Landesämter sowie der an Universitäten und Forschungsinstituten des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen sorgten für eine überzeugende Datenbasis zumindest in Teilen der Programmarbeit, und die Kooperation zwischen den verschiedenen Zuständigkeitsebenen Land, Bezirk, Kreis bzw. Kommune wurde durch neue Gesetze (v.a. das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) vom 25.11.1997, das u.a. die Einrichtung kommunaler Gesundheitskonferenzen vorsah) sowie durch wirksame Zusammenarbeit zwischen Ministerien und kommunalen Spitzenverbänden (Städtetag NRW) gefördert. Die organisatorische Einbindung des Programms in die Abteilung V (Immissionsschutz, Gentechnik, Umweltmedizin) des MUNLV und die Zuweisung programmgebundener Haushaltsmittel erwiesen sich als sehr wirksam für eine rasche und erfolgsorientierte Programmarbeit (s.u.).

Diese *strukturellen Rahmenbedingungen* von APUG NRW haben sich im Jahr 2005 dadurch verändert, dass im Zuge der Neubildung der Landesregierung der Zuschnitt einzelner am Programm beteiligter Ministerien geändert worden ist. Dies betrifft allerdings nicht das federführende Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Eine weitere Änderung struktureller Voraussetzungen der Programmarbeit, deren Folgen gegenwärtig nicht absehbar sind, bezieht sich auf die prekäre Haushaltslage und die daraus resultierende Haushaltssperre der Landesregierung.

Interne Arbeitsstrukturen und –prozesse von APUG NRW

Die *internen Arbeitsstrukturen und –prozesse von APUG NRW* (sog. Projektmanagement) können aus Sicht der Evaluation insgesamt als effizient und erfolgreich bewertet werden. So ist es gelungen, mit der Bildung der *Steuerungsgruppe* ein Gremium zu schaffen, in dem wesentliche Institutionen, Organisationen und Verbände ausgewogen und sachkundig repräsentiert sind. Personelle Kontinuität und hohes persönliches Engagement im Verein mit Expertenwissen kennzeichnen die Zusammenarbeit. Die Arbeit der Geschäftsstelle des APUG NRW hat die effiziente Zusammenarbeit ebenso befördert wie die vereinbarte Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedern. Gremiengröße, Tagungsfrequenz und interner Informationsfluss haben sich als hilfreich bei der Arbeit erwiesen.

Allerdings sind durch die Prozessevaluation vereinzelt auch Schwierigkeiten und Mängel aufgezeigt worden, die in Fokusgruppengesprächen thematisiert wurden und nachfolgend zu spürbaren Verbesserungen geführt haben. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die unzureichende Transparenz der Zuständigkeiten, Entscheidungsstrukturen und Kooperationsbeziehungen mit Dritten, die von einigen Mitgliedern der Steuerungsgruppe angeführt wurde. Vonseiten des federführenden Ministeriums erfolgten darauf hin in einem internen Arbeitspapier entsprechende Klarstellungen.

Ein weiterer interner Kritikpunkt betraf die ungleichgewichtige Mitwirkung der Ministerien am Programm. Allerdings konnte diesbezüglich, maßgeblich angeregt durch das Fokusgruppengespräch, eine weiterführende Klärung erzielt werden.

Neben der Steuerungsgruppe und der ihre Arbeitssitzungen vorbereitenden Projektgruppe bilden die *Arbeitskreise* sowie die sie unterstützenden projektbegleitenden Arbeitsgruppen ein weiteres entscheidendes Element der Programmarbeit. Generell kann ihnen aus Sicht der Evaluation *eine wegweisende Funktion* bei der Ausrichtung und Ausgestaltung von APUG NRW bescheinigt werden. Dabei fällt allerdings ein qualitatives Gefälle hinsichtlich der Intensität der Zusammenarbeit und der erzielten Ergebnisse in Form von Arbeitsberichten auf. Zweifellos hat der Arbeitskreis ‚Verkehr‘ die weitreichendsten Ergebnisse erzielt, gefolgt vom Arbeitskreis ‚Gesundes Wohnen‘.

Es fällt nicht leicht, die beobachteten Unterschiede der Ergebnisse zwischen den einzelnen Arbeitskreisen zu interpretieren. Sicherlich sind hierbei Aspekte wie bereits verfügbare Vorarbeiten und Zuständigkeiten innerhalb von Ministerien und nachgeordneten Ämtern, persönlicher Einsatz der Mitglieder sowie Klarheit und Überschaubarkeit der zu bearbeitenden Thematik zu berücksichtigen. Auch muss erwähnt werden, dass nicht alle Arbeitskreise ihre Arbeit zum gleichen Zeitpunkt aufgenommen haben.

Eine ökonomische Evaluation von APUG NRW ist nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Die Frage eines unter dem Aspekt bisher erzielter Ergebnisse *angemessenen Mitteleinsatzes* kann daher nicht schlüssig beantwortet werden. Insgesamt hat das Evaluationsteam jedoch den Eindruck gewonnen, dass die bisher verausgabten Mittel – laut einer internen Nachricht ca. 270 000 Euro pro Jahr - mit Blick auf die vielfältigen Arbeitsergebnisse und Aktivitäten zielführend und wirtschaftlich eingesetzt worden sind. Die *Ergebnisse von Aufträgen an Dritte* sind in ihrer Qualität und ihrem Nutzen für die Projektarbeit, wie die Dokumentenanalyse gezeigt hat, unterschiedlich, allerdings mehrheitlich sehr positiv ausgefallen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Ergebnisse der Prozessevaluation die erfolgreiche Etablierung und Arbeitsweise der Steuerungsgruppe eindeutig bestätigen. Zugleich hat die Evaluation als internes Kontrollinstrument in einigen Aspekten zu diesem Ergebnis beitragen können. Auch erwies sich die Etablierung von Arbeitskreisen als zielführend, wenn auch hier deutliche Unterschiede hinsichtlich der im Berichtszeitraum vorliegenden Ergebnisse festzustellen sind.

Die Frage, welche Wirkungen hinsichtlich der Programmziele von diesen Organen (Steuerungsgruppe, Arbeitskreise) ausgegangen sind, bildet das Thema der nachfolgenden Abschnitte.

Verbesserung der Zusammenarbeit auf institutionell-organisatorischer Ebene:

Durch APUG NRW ist die *interministerielle Zusammenarbeit* in Fragen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes qualitativ verbessert worden. Diese Folgerung ergibt sich nicht nur aus den Bewertungen der beteiligten Akteure, sondern auch aus konkreten Entscheidungen bezüglich prioritär zu bearbeitender politischer Themen (vgl. z.B. Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinien; vgl. auch die Einbeziehung des Themas ‚umweltbezogener Gesundheitsschutz‘ in die Gesundheitsziele Nordrhein-Westfalens). Ferner ist die Bildung interministerieller Arbeitsgruppen zur Behandlung intersektoraler Fragen im Berichtszeitraum verstärkt und das Bewusstsein der politischen Relevanz umweltbezogener Gesundheitsthematik Parteien und Institutionen übergreifend geschärft worden (vgl. z.B. die hochrangige Beteiligung von Ministerien auf dem 2. Forum des APUG NRW). Die starke Einbindung des Verkehrsministeriums, die beispielsweise auf Bundesebene bisher nicht gelungen ist, muss als deutlicher Programmerfolg gewertet werden. Eine noch stärkere Beteiligung vonseiten des Gesundheitsministeriums, des Wirtschaftsministeriums und gegebenenfalls auch des Ministeriums für Innovation und Wissenschaft erscheint für die nächste Phase des Programms wünschenswert.

In welchem Umfang hat sich durch das Programm die *Zusammenarbeit mit nachgeordneten Behörden, mit Kommunen sowie mit Verbänden und Organisationen* verbessert? Es kann festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Landesumweltamt und dem Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst durch APUG NRW weiter gefestigt und intensiviert worden ist, ebenso der Austausch zwischen den Ebenen von Landes- und Bezirksregierung und zwischen Ministerien und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände.

Wie bereits dargelegt (s. S. 33, 38), konnte das Programm *eindrucksvolle Teilerfolge auf kommunaler Ebene* erzielen. Die Interviews mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe sowie die Befragung der Geschäftsstellenleiter der kommunalen Gesundheitskonferenzen zeigten allerdings, dass die *Programmarbeit von APUG*

NRW noch stärker in die aktuellen umwelt- und gesundheitspolitischen Vorhaben auf kommunaler Ebene *integriert werden kann und soll*. Aus Sicht der Evaluation sind hier weitere Anstrengungen notwendig.

Gute Erfolge hat das Programm bezüglich der *Einbeziehung von Verbänden und Organisationen* (v.a. Naturschutzverband BUND, Verbraucherzentrale) erzielt. Hier ist sicherlich noch weiterer Entwicklungsbedarf denkbar, wie aus den Ergebnissen der Nachbefragung der Steuerungsgruppe sowie externer Experten sichtbar wurde.

Besonders wichtig wäre aus Sicht der Evaluation die verbindliche Mitarbeit von Vertretern relevanter Industriebranchen (v.a. Automobilindustrie, Chemische Industrie). Jüngste diesbezügliche Fortschritte in Gesprächen mit Vertretern des Verbandes der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen, die sich auf eine Zusammenarbeit zum Thema ‚Risikokommunikation am Beispiel von Betriebsbereichen nach Störfallrecht‘ bezogen, sind zu begrüßen.

Zusammenfassend lässt sich eine positive Zwischenbilanz der Arbeitsergebnisse von APUG NRW bezüglich einer Verbesserung der Zusammenarbeit zu den Themen Umwelt und Gesundheit auf institutionell-organisatorischer Ebene (horizontale und vertikale Integration) feststellen. Generell gilt, dass die Ergebnisse und Erfolge von APUG NRW sowohl in der Innen- wie auch in der Außendarstellung deutlicher zum Ausdruck gebracht und in noch stärkerem Maße in die aktuelle kommunale Politik integriert werden sollten.

Verbesserung der Evidenzlage zum Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit

Die vom Arbeitskreis Verkehr initiierten ausführlichen Berichte stellen wertvolle Erkenntnisse des aktuellen Wissensstandes zu gesundheitsschädigenden Auswirkungen von Lärm und Luftschadstoffen zur Verfügung und stellen darüber hinaus Ansatzpunkte und zu erwartende Effekte struktureller Präventionsmaßnahmen zur Diskussion (vgl. Dokumente Nr. 3-6, 14 in Kapitel 3). Damit ist für das Programm eine *deutlich verbesserte Evidenzlage* geschaffen worden. Diese Einschätzung trifft auch auf die behandelten Aspekte im Themenfeld ‚Gesundes Wohnen‘ zu (vgl. Dokumente 9 und 10 in Kapitel 3). In Zukunft wird es eine wichtige Aufgabe von APUG NRW sein, die im Land verfügbaren *wissenschaftlichen Potenziale* zu einer breiteren Darstellung der Evidenz von

Zusammenhängen zwischen Umweltbelastungen und Bevölkerungsgesundheit so zu mobilisieren, dass deren Erkenntnisse in die Entwicklung zielgruppenspezifischer präventiver Maßnahmen einbezogen werden können.

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die finanzielle Ausstattung des Programms begrenzt ist und dass Ressourcen für Forschungsarbeiten zu der Thematik in nennenswertem Umfang innerhalb des Programms nicht zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zu skandinavischen Ländern, aber auch zu Großbritannien und den Niederlanden ist die in Deutschland verfügbare Datenlage aus repräsentativen, thematisch umfassenden wissenschaftlichen Studien zu Auswirkungen von Umweltbelastungen auf die Bevölkerungsgesundheit nach wie vor vergleichsweise bescheiden. Dies ist u.a. auf die trotz einzelner Förderinitiativen insgesamt wenig gefestigte Tradition der Public Health Forschung in Deutschland zurückzuführen. Eine Folge dieser Entwicklung besteht darin, dass wissenschaftliche Erkenntnisse der umwelt- und bevölkerungsmedizinischen Forschung in der öffentlichen Wahrnehmung und im politischen Diskurs hierzulande kaum eine annähernd so große Beachtung finden, wie dies in den genannten Nachbarländern der Fall ist. Besonders deutlich wird dies dort, wo Umweltbelastungen in Zusammenhang mit sozialen Ungleichheiten der Morbidität und Mortalität innerhalb eines Landes untersucht werden (vgl. Mielck, 2000; Siegrist & Marmot, 2006).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch das Programm verbesserte Evidenzlage zu einer integrierten Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit beitragen konnte. Dies ist insbesondere im Themenfeld ‚Verkehr‘ gelungen. Zu weiteren Erkenntnissen bezüglich relevanter Umwelteinflüsse auf die Gesundheit der Bevölkerung sind aus Sicht der Evaluation die in Nordrhein-Westfalen vorhandenen wissenschaftlichen Potenziale noch intensiver zu mobilisieren.

Ergebnisse der Außenkommunikation von APUG NRW

Ein erheblicher Teil der Arbeitskraft der Steuerungsgruppe und der von ihr initiierten Kreise wurde durch die *Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien* an Außenstehende in Anspruch genommen. Hierzu zählen Flyer und Broschüren (Ratgeber, Leitfäden), zur Veröffentlichung überarbeitete Projektberichte in Lang-

und Kurzfassung ebenso wie der Aufbau und die Pflege einer eigenen Website des APUG NRW.

Diese Materialien richten sich an verschiedene Zielgruppen und unterscheiden sich daher in Sprache, graphischer Gestaltung und Auflagenstärke (siehe ausführlich hierzu Kap.3). Einige dieser Materialien sprechen gezielt bestimmte Verbrauchergruppen einschließlich professionelle Nutzer an. Andere richten sich an die allgemein interessierte Öffentlichkeit, während die umfangreichen Expertisen für sachkundige Gremien und politische Entscheidungsträger von Interesse sind.

Die Evaluation konnte zwar feststellen, in welcher Auflagenhöhe und auf welchen Verteilungswegen die gedruckten Materialien nach außen kommuniziert wurden, jedoch konnten Akzeptanz und Verwertung der Materialien an jeweiligen Zielorten (z.B. bei kommunalen Behörden oder spezifischen Verbrauchergruppen) nur unzureichend ermittelt werden. Es ist daher beim gegenwärtigen Kenntnisstand nicht möglich, den Nutzen dieses Teils der Programmarbeit (Außenkommunikation) mit belastbaren Daten zu dokumentieren. Möglicherweise wäre eine planmäßig und professionell betriebene Medienarbeit für einen höheren Bekanntheitsgrad bzw. eine größere Breitenwirkung von Arbeitsergebnissen des Programms hilfreich gewesen.

Als sichtbarer Erfolg können die beiden 2003 und 2004 durchgeführten *Foren* des APUG NRW gewertet werden, deren Ergebnisse an anderer Stelle dokumentiert worden sind (siehe hierzu die Berichte des IKU zu den Foren im Internet). Die mit ihnen verbundenen Zielsetzungen (1) eines vertieften Dialogs zwischen Experten, politisch Verantwortlichen und Öffentlichkeit, (2) einer kritischen Diskussion der bisher geleisteten Arbeit sowie (3) der Öffnung für neue inhaltliche und organisatorische Anregungen zur Programmgestaltung wurden größtenteils erreicht. Auch gelang es hier jeweils, ein *überregionales Presseecho* zu APUG NRW zu erzielen. Es ist aus Sicht der Evaluation dringend zu empfehlen, diese Form der Außenkommunikation beizubehalten bzw. weiter zu entwickeln.

An verschiedenen Stellen des Berichts wurde darauf hingewiesen, dass *Synergien zwischen APUG NRW und verwandten politischen Programmen* auf Landes- bzw. regionaler Ebene herzustellen sind. Aus Sicht der Evaluation sind solche Synergien noch weiter gezielt anzustreben, insbesondere im Hinblick auf die Chancen, durch Beeinflussung der kommunalen Ebene Wohn- und Verkehrsumwelten gesundheitsförderlich zu gestalten. Ansatzpunkte ergeben sich in erster Linie bezüglich des Programms ‚Soziale Stadt NRW‘. Auch bleibt zu prüfen, wie weit

Entwicklungen der –zeitlich allerdings vorgelagerten – Lokalen Agenda hier noch mit Gewinn einbezogen werden können (vgl. Böhme et al., 2005).

Erfreulich ist, dass *APUG NRW offensichtlich in Fachkreisen im In- und Ausland bekannt* ist und dass seine weitere Entwicklung mit Interesse verfolgt wird. Dies ist nicht zuletzt einer Reihe wirkungsvollen Projektpräsentationen auf internationalen Konferenzen zu verdanken.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass APUG NRW beachtliche Fortschritte in der Außenkommunikation bisher erarbeiteter Ergebnisse erzielen konnte, die allerdings, gegebenenfalls unter Einbeziehung eines Medienkonzepts weiter intensiviert werden sollten. Ebenfalls fortgeführt werden sollten die beiden bisher erfolgreich veranstalteten Foren.

Fasst man die verschiedenen Aspekte dieser systematischen Bewertung der Arbeitsweise und der bisher erreichten Ergebnisse von APUG NRW zusammen (interne Arbeitsstrukturen und –prozesse; Verbesserung der Zusammenarbeit auf institutionell-organisatorischer Ebene; Verbesserung der Evidenzlage zum Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit; Ergebnisse der Außenkommunikation), so zeigen sich eindeutige Erfolge der bisherigen Programmarbeit. Um diese weiter zu sichern und zu verbessern, werden abschließend Empfehlungen aus Sicht der Evaluation gegeben.

Empfehlungen

Empfehlung (1) APUG NRW soll in den bisherigen Strukturen fortentwickelt werden, d.h. mit eigenem Haushaltstitel, dem MUNLV zugeordnet, die thematisch konzentrierte Arbeit in Form von Steuerungsgruppe und Arbeitskreisen weiterführen. Diese Folgerung ergibt sich aus der externen Bewertung der Programmarbeit im Untersuchungszeitraum, insbesondere der Effizienz interner Arbeitsstrukturen und –prozesse und der bisher insgesamt erfolgreich erzielten Ergebnisse. Die Entwicklungschancen intersektoraler Politik im Bereich Umwelt und Gesundheit sind in Nordrhein-Westfalen besonders positiv einzuschätzen, und dieser Prozess kann durch APUG NRW maßgeblich weiter gestärkt werden. Falls eine Zuweisung eigenständiger Haushaltsmittel nicht möglich ist, sollten aus weiter geförderten, thematisch verwandten Projekten des Landeshaushalts unterstützende Maßnahmen erfolgen, die zumindest eine Fortführung des Kernprogramms von APUG NRW ermöglichen.

Empfehlung (2) Strategisch sollte APUG NRW die Chancen weiterer institutioneller Verfestigung nutzen, die sich aus dem Zuschnitt der drei für Umwelt, für Arbeit und Gesundheit sowie für Bauen und Verkehr zuständigen Ministerien und der dadurch verstärkten Zusammenarbeit ergeben. Ferner ist zu prüfen, wie weit das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie zukünftig in die Programmaktivitäten eingebunden werden können.

Empfehlung (3) APUG NRW sollte an der Profilschärfung und Zielklärung im Sinne der Konzentration von Ressourcen und weiteren Steigerung der Effizienz arbeiten. Eine Möglichkeit hierzu bildet die Fokussierung auf das Thema 'gesundheitliche Gefährdungen der Bevölkerung in urbanen Ballungszentren durch kumulierte sozialökologische Belastungen' (v.a. Schadstoffbelastung, Verkehrslärm, Unfallrisiken, geringe Wohnqualität, soziale Konflikte).

Hierbei werden bisher bearbeitete Themen auf wissenschaftlich und gesundheitspolitisch stringente Weise miteinander verknüpft.

Empfehlung (4) Die erfolgreich begonnene Erstellung von Expertenberichten sowie der Erarbeitung und Verbreitung zielgruppenspezifischer Empfehlungen und Informationen soll beibehalten und weiter ausgebaut werden. Hierzu soll zum einen das wissenschaftliche Potenzial zur Erforschung umweltbedingter Gesundheitsgefahren in Nordrhein-Westfalen stärker mobilisiert werden (Expertenberichte). Zum anderen empfiehlt sich, aufbauend auf einer konsequenten und fundierten Kommunikationsstrategie, die Breitenwirkung von Programmergebnissen zu steigern. Die Chancen elektronischer Informationsvermittlung und Kommunikation sind besser zu nutzen (z.B. Aufbereitung der Internetseiten an eine breitere Öffentlichkeit).

Empfehlung (5) Um genauer abschätzen zu können, welche Veränderungen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes während der Laufzeit von APUG NRW diesem Programm zuzurechnen sind, empfiehlt es sich, innerhalb der Steuerungsgruppe die kurz- und mittelfristig angestrebten Teilziele genauer festzulegen. Hierbei sind Indikatoren zu definieren, die es gestatten, die Fortschritte des Programms auf drei Ebenen kontinuierlich zu überprüfen, (1) der Ebene politischen Gestaltung durch die verantwortlichen Ministerien, (2) der lokalen Ebene der Programmumsetzung, sowie (3) der Ebene der Information und Motivation unterschiedlicher Zielgruppen (Experten, Bürger).

Empfehlung (6) Zur stärkeren lokalen Verankerung von APUG NRW werden verschiedene Maßnahmen empfohlen. Zum Einen sollten, soweit dies bezüglich vorhandener Kapazitäten realisiert werden kann, beratende Gespräche, Informationsmaterialien und Mithilfe bei der Planung und Durchführung von Aktionen den lokalen Behörden (z.B. kommunalen Planungsämtern) und Gremien (z.B. kommunalen

Gesundheitskonferenzen) angeboten werden. Zum Anderen sollten bereits begonnene kommunale Modellprojekte, v.a. in Kooperation mit dem Programm ‚Soziale Stadt NRW‘, weiterentwickelt werden. Das Ausmaß lokaler Verankerung wird letztlich ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Programmwirkung von APUR NRW sein.

Literatur

- Badura B, Siegrist J et al. (2000): Ortsnahe Koordinierung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zu einem Modelvorhaben durch die Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld und das Institut für Medizinische Soziologie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
- Böhme C, Reimann B, Schuleri-Hartje UK (2005): Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der lokalen Agenda 21. DIFU Aktuelle Information (Ausgabe September).
- Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) vom 25.11.1997. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 51, Nummer 58, S. 431ff.
- Gläser J und Laubel G (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Ivanov I und Perlstadt H (2002): Evaluation of the impacts of National Plans on Environment and Health and the European Environment and Health Process. Methodology for Pilot National Evaluation.
- Lamnek S (2005): Qualitative Sozialforschung Lehrbuch. Beltz Verlag, Weinheim
- Mielck A. (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit – Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Huber Verlag: Bern.
- Øvretveit, J. (2002): Evaluation gesundheitsbezogener Interventionen. Bern : Huber.
- Schalock, R.L. (2001): Outcome-based evaluation. New York: Plenum.
- Siegrist J, von dem Knesebeck O, Bönnte M (2004): Erstellung eines Evaluationskonzepts zum „Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit Nordrhein-Westfalen“ im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Institut für Medizinische Soziologie der Heinrich-Heine Universität. Düsseldorf.
- Siegrist J und Marmot M (2006) Social Inequalities in Health: Scientific Evidence and Policy Implications. Oxford: Oxford University Press (in Druck)

Anhang

Anhang A

Interviewleitfaden zu den Experteninterviews mit Mitgliedern der Steuerungsgruppe APUG NRW

- In welcher Art sind Sie in das APUG NRW eingebunden bzw. daran beteiligt?
- Wie kam es zur Einbindung innerhalb des APUG NRW?
- Welches waren Ihre Gründe sich am APUG NRW zu beteiligen?

- Welche Ziele hat Ihrer Meinung nach das APUG NRW?
 - Wurden die Ziele klar formuliert?
 - Inwieweit stimmen die Projektziele mit den Zielen des APUG NRW überein?

- Inwiefern sind Sie persönlich bzw. Ihre Institution in das APUG NRW integriert? Wie bewerten Sie die Organisation / Struktur des APUG NRW?

- Wie gestaltet sich die Arbeitsweise in den Arbeitsgruppen?
 - Regelmäßige Treffen
 - Kommunikation (Beispiel: E-Mail Verteiler)

- Wie würden Sie die Zusammenarbeit auf Ebene der unterschiedlichen Ministerien beschreiben?
 - Sollten weitere Ministerien integriert werden? Wenn ja, welche?
- Wie würden Sie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verwaltungsebenen beschreiben? (Land, Regierungsbezirk etc.)
- Werden APUG NRW Themen ausreichend auf kommunaler Ebene behandelt?

- Inwiefern werden innerhalb des APUG NRW Meinungen von Verbänden und Bürgerbewegungen integriert?
 - Welche weiteren Organisationen sollten stärker integriert werden?
- Ist die Wirtschaft ausreichend innerhalb des APUG NRW eingebunden?

- Welche Wirtschaftsbereiche sollten stärker integriert werden?
- Welche Rolle übernimmt die Wissenschaft im APUG NRW?
- Kennen Sie andere Umwelt- und Gesundheitsinitiativen oder für das APUG NRW relevante Aktionen?
 - Was bedeutet das für Ihre eigene Arbeit?
 - Sehen Sie hier Überschneidungen bzw. Redundanzen?
 - Sehen Sie hier Möglichkeiten der Integration / Koalition unter APUG?
- Welche Auswirkungen hatte das APUG NRW auf Ihre eigene Arbeit und Ihre Organisation / Institution? (Beispiele geben)
 - Inwieweit ist die Arbeit am APUG NRW Teil Ihrer Arbeit? (eigene Zuständigkeit, zeitliche Verfügbarkeit, Haupttätigkeit)
 - Kooperationen / Netzwerke etc.
 - Hätte es diesen Wandel auch ohne APUG NRW gegeben?
- Entspricht der bisherige Verlauf des APUG NRW Ihren eigenen Erwartungen?
 - Wie gut sind Sie über die Arbeit des APUG NRW informiert?
 - Wie bewerten Sie die Datenlage (Informationsgrundlage) zur eigenen Arbeit? (eigene Expertise)
 - Wie bewerten Sie die Entwicklungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Datenlage?
 - Wie bewerten Sie die Kommunikation des APUG NRW nach Außen? (Pressekonferenzen, Internetpräsenz, Medienpräsenz etc.)
 - Wie bewerten Sie den internen Informationsfluss?
 - Wie bewerten Sie Initiativen im Bereich der Netzwerkbildung?
 - Sind Ressourcen des APUG NRW ausreichend? (personell, finanziell etc.)
- Was bewerten Sie insgesamt zurzeit positiv am APUG NRW? Worauf führen Sie diesen Erfolg zurück?
- Welche Initiativen oder Aktivitäten sind insgesamt zurzeit Ihrer Meinung nach wenig Erfolg versprechend? Warum?
- Welche Änderungen halten Sie am APUG NRW für wünschenswert?

Anhang B

Interviewleitfaden zur Nachbefragung der Steuerungsgruppe APUG NRW

- Hat es wesentliche Veränderungen seit dem letzten Interview innerhalb des APUG NRW gegeben? (sowohl persönliche als auch allgemeine Veränderungen)
- Welche Veränderungen / Entwicklungen hat es bezüglich der im Evaluationsworkshop im Mai diskutierten Aspekte gegeben?
 - Schärfung des Bewusstseins über Zusammenhänge der Themen Umwelt und Gesundheit (z.B. mittels lokaler Projekte)
 - Transparenz der Arbeitsweise
 - Situationsbericht / Fachbeiträge zu Umwelt und Gesundheit
 - Verbesserung und Ausbau der Außenkommunikation
 - Ausreichende Zielgruppenspezifikation
 - Intensität der Diffusion
 - Überschneidung mit anderen Projekten
 - Ressourcen effektiver nutzen (Bündelung / Konzentration auf bestimmte Themenfelder)
 - Lokale Verankerung („Bottom-up“ Ansatz)
 - Wissenstransfer / Einbeziehung und Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse
 - Wo sehen Sie zusätzlichen „Forschungsbedarf“?
 - Einbeziehung von Vertretern der Wirtschaft
- Wie bewerten Sie die politische Verankerung nach dem Regierungswechsel?
- Welche Hinderungsgründe sehen Sie für eine optimale Gestaltung?
 - Interne Hinderungsgründe
 - Strukturelle / externe Hinderungsgründe
- Wie würden Sie die Zukunft des APUG NRW beschreiben?
- Welche konkreten Aspekte des Programms sollten in Zukunft verstärkt behandelt werden?

Anhang C

Namen und Institution der interviewten Steuerungsgruppenmitglieder

Name	Institution
Frau Dr. Hein	MUNLV NRW
Herr Rauchfuss	LUA NRW
Herr Dr. Buschmann	VZ NRW
Frau Sentis	BR Münster
Herr Welge	Städtetag NRW
Frau Dr. Verhoek-Köhler	MBV NRW
Herr Dr. Fehr	Iögd NRW
Frau Horster	BUND
Frau Prof. Dr. Hornberg	Universität Bielefeld Fakultät für Gesundheitswissenschaften
Herr Schiffer	MAGS NRW
Herr Malburg	MBV NRW
Herr Dr. Kraft	MUNLV NRW
Frau Franzen-Reuter	MUNLV NRW
Herr Dr. Krause	LUA Essen
Herr Dr. Deden	MAGS NRW

Anhang D

Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Willkommen zur Online-Umfrage zum Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit Nordrhein-Westfalen (APUG NRW). Ziel des Programms ist es, auf Landesebene die Themenfelder Umwelt und Gesundheit stärker zu verknüpfen und eine gemeinsame Behandlung zu fördern. Die vorliegende Umfrage dauert ca. 2 Minuten. Wir möchten hierbei mehr über die Behandlung der Themen Umwelt und Gesundheit innerhalb der kommunalen Gesundheitskonferenzen erfahren.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

Frage 1

Zunächst möchten wir gerne erfahren, ob Ihnen das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit NRW (APUG NRW) bekannt ist. Kennen Sie APUG NRW?

- Nein, APUG NRW ist mir nicht bekannt.
- Ja, ich kenne APUG NRW.

Wenn APUG NRW nicht bekannt bekannt → Frage 7

Frage 2

Sie haben angegeben, dass Sie APUG NRW kennen.

Sagen Sie uns bitte in Stichworten, woher Sie APUG NRW kennen.

Frage 3

Für wie wichtig erachten Sie APUG NRW für die eigene Arbeit?

- Sehr wichtig
- Wichtig
- Unwichtig
- Überhaupt nicht wichtig

Frage 4

Und für wie wichtig erachten Sie APUG NRW für den umweltbezogenen

Gesundheitsschutz im Allgemeinen?

- Sehr wichtig
- Wichtig
- Unwichtig
- Überhaupt nicht wichtig

Frage 5

Nachfolgend nennen wir Ihnen unterschiedliche Dokumente, die innerhalb des APUG NRW entstanden sind. Bitte geben Sie - sofern Sie es kennen - zu jedem der Dokumente an, wie hilfreich es für die eigene Arbeit gewesen ist.

	Sehr hilfreich	Hilfreich	Wenig hilfreich	Nicht hilfreich	Keine Antwort
Infoflyer: APUG NRW (deutsch/englisch)	<input type="checkbox"/>				
Projektbericht: Berechnung der Auswirkungen von technischen emissionsmindernden Maßnahmen bei Kraftfahrzeugen sowie von lokal wirksamen Verkehrslenkungsmaßnahmen auf Straßenverkehrslärm und Schadstoffemissionen	<input type="checkbox"/>				
Projektbericht: Risikoberechnung zum Einfluss verkehrsbedingter Luftschadstoffe und Straßenverkehrslärm auf die Gesundheit exponierter Personen	<input type="checkbox"/>				
Kurzfassung: Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen (deutsch/englisch)	<input type="checkbox"/>				
Projektbericht: Kommunikationsinhalte und -formen zum Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und Verkehr	<input type="checkbox"/>				
Broschüre: Verkehr, Umwelt und Gesundheit in der Diskussion - Thesen und Gegenthesen	<input type="checkbox"/>				
Ratgeber: Umweltzeichen für Bauprodukte - Bauprodukte gezielt auswählen - eine Entscheidungshilfe	<input type="checkbox"/>				
Ratgeber: Leitfaden	<input type="checkbox"/>				

Gesundheitsbewusst Modernisieren -
Wohngebäude von 1950 bis 1975

Projektbericht:

Sachstandsermittlung zur
Netzwerktechnologie WLAN

Projektbericht:

Sachstandsermittlung zu Information
und Kommunikation über Chancen
und Risiken neuer

Informationstechnologien am

Beispiel von WLAN

Faltblatt: Funknetztechnik WLAN

Frage 6

War APUG NRW (neben der Dokumente) auf andere Weise für Ihre Arbeit hilfreich?
Wenn ja, wodurch?

Frage 7

Inwiefern werden die Bereiche Umwelt und Gesundheit innerhalb Ihrer kommunalen
Gesundheitskonferenz gemeinsam behandelt?

(Bitte klicken Sie die für Sie zutreffende Antwort an und erläutern Sie diese in Stichworten.)

Umwelt und Gesundheit werden gemeinsam behandelt,
und zwar in den Themen:

Umwelt und Gesundheit werden bisher nicht gemeinsam behandelt.
In Zukunft ist dies für folgende Themen geplant:

Umwelt und Gesundheit werden nicht gemeinsam behandelt. Eine gemeinsame
Behandlung ist auch nicht geplant.

Frage 8

Zum Abschluß möchten wir gerne ein paar Informationen zu Ihrer Funktion innerhalb der

kommunalen Gesundheitskonferenzen.

Bitte nennen Sie uns in Stichworten, welche Aufgabe Sie haben, wie lange Sie bereits
beteiligt sind und zu welcher Gesundheitskonferenz Sie gehören.

Frage 9

Gibt es weitere Informationen oder Anmerkungen, die Sie zusätzlich mitteilen möchten?

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme.

Weitere Informationen zu APUG NRW finden sie unter

www.apug.nrw.de.